

garanto

Die Zeitung der Gewerkschaft des
Zoll- und Grenzschuttpersonals

Le journal du syndicat du personnel de
la douane et des gardes-frontière

Il giornale del sindacato del personale
delle dogane e delle guardie di confine

Foto: EZV



Die Position von Garanto zum Transformationsprozess der EZV

ES MUSS WEITERHIN MÖGLICH SEIN, OHNE WAFFE QUALIFIZIERT HOCHSTEHENDE ARBEIT VERRICHTEN ZU KÖNNEN

Prämisse

Die Aussagen stützen sich auf die im August 2018 verabschiedete Kontrollstrategie wie auch auf das Aussprachepapier des Bundesrates, welches Ende April 2019 in einer Pressekonferenz öffentlich zugänglich gemacht wurde.

Einleitung

1 Auffallend ist, dass die Sicherheits- und Kontrollfunktion gestärkt werden soll, nicht jedoch die «Sicherung der Einnahmen des Bundes». Wir fragen uns, weshalb dies nicht in die stra-

tegischen Grundsätze aufgenommen wurde.

2 Zwei der strategischen Grundsätze stufen wir als besonders heikel ein:

- Wir wollen zu den besten Verwaltungseinheiten der Schweiz gehören. Garanto lehnt einen Wettbewerb mit den kantonalen Polizeikorps, dem SEM, dem fedpol oder anderen Verwaltungseinheiten ab, denn er führt zu nichts.
- Wir denken in Varianten und

sind bereit, bei der gewählten Lösung bewusst auch Risiken in Kauf zu nehmen.

Die EZV will bei der Wahl von Lösungsvarianten bewusst Risiken in Kauf nehmen. Dieses Führungsverständnis schlägt sich unter anderem auch in der Kontrollstrategie nieder. Offenbar wollen die Verantwortlichen die personellen Ressourcen im Sicherheitsbereich konzentrieren, bei den Fiskalaufgaben liegt der Fokus bei der Automatisierung. Geht diese Rechnung jedoch auf?

Fortsetzung auf Seite 2 >

FAIRE LOHNENTWICKLUNG IST ANDERS

Es gleicht einem Ritual: Jedes Jahr versuchen wir in den Lohnverhandlungen mehr Gehalt für die Angestellten der EZV durchzusetzen, jedes Jahr stellen sich die Arbeitgeber Bundes-, National- und Ständerat dem entgegen. So forderten wir dieses Jahr eine Lohnerhöhung von 2400 Franken pro Mitarbeiter / Mitarbeiterin beim Bund. Statt eines prozentualen Lohnanstiegs wollten wir diesen Fixbetrag durchsetzen, von dem mittlere und kleine Einkommen mehr profitieren. In den letzten Jahren hatten wir als Kompromiss Verhandlungsergebnisse mitgetragen, die die Lohnschere zwischen «Arm» und «Reich» vergrösserten, indem bei kleinen Lohnempfängern das Gehalt nur gering anstieg, je weiter oben in der Lohnskala dagegen desto stärker. Doch für jeden von uns sind die Lebens- und Versicherungskosten gleich hoch. Deshalb brauchen wir bei den Lohnverhandlungen endlich einen Paradigmenwechsel! Alle Löhne sollten zukünftig um einen Fixbetrag erhöht werden, egal wie hoch das derzeitige und künftige Jahresgehalt ist.

Das ist nichts als fair: Damit würde endlich die Entwicklung hin zu einer immer grösseren Lohnschere durchbrochen und eine faire Lohnentwicklung für alle gewährleistet. Seien wir in diesem Sinne zukünftig mutiger. Verabschieden wir uns von prozentualen Lohnforderungen, lasst uns nur noch für fixe Summen bei Lohnanstiegen kämpfen!

Bundesrat Ueli Maurer hatte auch 2019 kein Gehör für seine Mitarbeitenden – oder zumindest nur sehr dürftig. Seit Jahren erwirtschaftet der Bund durch seine Überschüsse Milliarden Gewinne. Diese werden auf Konten gehäuft, nichts davon fliesst an die Mitarbeitenden, die doch wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen haben: Lasst uns endlich auch an den Früchten unserer Arbeit teilhaben!

Bernd Talg, Vize-Präsident Garanto

> Fortsetzung von Seite 1

1. Im Allgemeinen

3 Es gibt zentrale Probleme, welche ungelöst sind oder ein Verbesserungspotenzial aufweisen. Der neue Direktor der EZV hat das alles rasch erkannt und strebt mit dem Programm DaziT nicht nur die Lösung der Informatikprobleme an, sondern eine umfassende Digitalisierung mit einer neuen Kontrollstrategie. Davon verspricht sich die GL-EZV «umfassende Sicherheit für Bevölkerung, Wirtschaft und Staat». Kann jedoch dieser hohe Anspruch mit der neuen Kontrollstrategie eingelöst werden?

2. Von der Fiskalbehörde zur Kontrollbehörde

4 Die klassischen Zollaufgaben und das standardisierte Zollverfahren erfahren eine radikale Abwertung: Für die Festsetzung der Zölle, die Veranlagung der Mehrwertsteuer an der Grenze oder den Vollzug nicht zollrechtlicher Erlasse braucht es offensichtlich keine Zollangestellten mehr, «die Kunden bewerkstelligen die Formalitäten selbstständig und ohne Zollpersonal». Der Kunde soll diese Formalitäten mit modernster Informatik selber erledigen. Wird hierbei der Begriff Formalitäten durch den Begriff «Veranlagungsprozess» gleichgesetzt? Wird ein komplexer und rechtlich verbindlicher Vorgang als reine Formalität hingestellt?

5 Statt die Zollpflichtigen bei der Anmeldung von Handelswaren bei Bedarf personell zu unterstützen, stellen die Verantwortlichen der EZV das bisherige Zollverfahren auf den Kopf, indem es ein nachgelagertes mehrstufiges Kontrollsystem einführt. Ist sich die GL-EZV bewusst, wie personalintensiv ein solches Verfahren ist? Und wie sieht es mit der Effizienz aus?

6 Falls die Kontrollstrategie umgesetzt und der «schalterlose» Zoll Realität wird, befürchten wir eine markante Zunahme der Fehlerquote bei den automatisierten Veranlagungen und bei den Mindereinnahmen. In Tat und Wahrheit geht es um einen krassen Abbau von Service public. Wenn sich alle um Sicherheit kümmern und im Feld weilen, fehlen die Leute im Backoffice und es fehlt der intensive Support. Wir be-

fürchten auch einen Schaden für die Wirtschaft in Form von Mehraufwand, fehlenden Ansprechpartnern und generellem Support.

3. Fusionierung von Zoll und GWK

7 Garanto begrüsst grundsätzlich die Absicht eines Zusammengehens der beiden unterschiedlichen Personalkörper. Dies auch aus Gründen der Sicherheit. Viele Mitarbeitende im zivilen Zoll klagen über bedrohliche Situationen und ungeschützte Arbeitsorte.

8 Die Fusion stellt jedoch eine besondere Herausforderung dar. Es geht darum, zwei sehr unterschiedliche Kulturen, eine militärische und eine zivile Herangehensweise zu vereinheitlichen. Die beiden Personalkörper haben eine über 100-jährige Geschichte. Diese zeigt sich auch bei der Unterstellung des GWK unter das Militärstrafgesetz. Dass hierbei eine Vereinheitlichung angestrebt wird, begrüssen wir grundsätzlich, wobei wir für die Unterstellung unter das zivile Strafrecht plädieren. Wir fragen uns generell, wie aus «Steuerexperten» Sicherheitsangestellte werden können.

9 Die Bewaffnung eines Teils des zukünftigen Personals ist eine zusätzliche Herausforderung. Das bestehende Personal darf nicht unter Druck gesetzt werden. Es muss weiterhin möglich sein, ohne Waffe qualifiziert hochstehende Arbeit verrichten zu können.

4. Berufsprofile und Ausbildung

10 Die Idee einer gemeinsamen Grundausbildung ist nicht neu. Diese tiefgreifende Umgestaltung der Ausbildung wie auch die «Umschulung» des bisherigen Personals stellen eine Mammutaufgabe dar. Eine umfassende Sicherheitsausbildung in der Grundausbildung ist für Garanto schon heute ein Gebot der Stunde und für eine zukunftsweisende Ausbildung unabdingbar.

11 Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Vereinheitlichung der Ausbildung zu einer Nivellierung nach unten führt. Das ist absolut zu vermeiden.

5. Hohe Kosten

12 Die Kosten für die Gesamterneuerung der Informations- und Kommunikationstechno-

logie sind mit 393 Millionen Franken veranschlagt. Fakt ist, die neue EZV bzw. BAZG wird Mehrkosten verursachen, wobei eine Bezifferung noch aussteht. Garanto befürchtet angesichts der sich verdüsternden konjunkturellen und finanziellen Aussichten ein Desaster.

6. Schlussbemerkung

13 Die tiefgreifende Umgestaltung der Organisation, der Ausbildung und der strategischen Ausrichtung der EZV stellt

eine Herkulesaufgabe dar. Hinzu kommt die Totalrevision des Zollgesetzes, neue Verfahren mit entsprechenden Hilfsmitteln (Hard- und Software). Und das mit einem Personalkörper ohne grosse Begeisterung. Es besteht die Gefahr, dass die Vereinheitlichung der Ausbildung zu einer Nivellierung nach unten führt, auch in Bezug auf die Löhne.

Zentralvorstand und
Sektionspräsidenten von Garanto
18. Oktober 2019



MEDIENMITTEILUNG DER VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL (VGB)

1% mehr Lohn für die Bundesangestellten

Die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal VGB, die mit den Verbänden PVB, Garanto, VPOD und PVfedpol den grössten Teil der Bundesangestellten vertritt, hat im November mit Finanzminister Ueli Maurer Lohnverhandlungen geführt. Die VGB forderte 2% für Lohnmassnahmen, das heisst den Teuerungsausgleich und eine Reallohnerhöhung von 200 Franken pro Monat.

Nach einer intensiven Verhandlung konnten sich die Sozialpartner auf folgenden Kompromiss einigen:

– Generelle Erhöhung der Löhne um 1% (inklusive Teuerung in der Höhe von 0,5%)

Auf die frankenmässige Lohnerhöhung wollte der Bundesrat nicht eintreten.

Seit 2014 erhält das Bundespersonal wieder eine Reallohnerhöhung, welche angesichts des Überschusses von 2,5 Mrd. mehr als gerechtfertigt ist. Die VGB und mit ihr die verschiedenen Verbände werden sich auch in Zukunft für ihre Mitglieder einsetzen und mit aller Kraft dafür kämpfen, dass die Bundesverwaltung ein moderner und attraktiver Arbeitgeber bleibt.

Erfolg für die Gleichstellung: Recht auf Aufstockung des Pensums

Die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) beurteilt die Revision des Bundespersonalrechts, die der Bundesrat bekannt gegeben hat, differenziert:

Ein Erfolg für die Gleichstellung ist die neue Regelung, dass für Eltern ein Anspruch auf eine Wiederaufstockung des Pensums geschaffen wird. Teilzeit gilt gemeinhin als die Lösung, um Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bekommen. Noch immer sind es meistens die Mütter, die ihr Pensum reduzieren. Sehr häufig bedeutet dies dann einen Karriere- und Einkommensknick, den die Frauen nicht mehr korrigieren können. Väter äussern zwar den Wunsch, sich nach der Geburt eines Kindes stärker in der Familie einbringen zu können, wagen es aber nicht aus Furcht vor den beruflichen Konsequenzen. Deshalb hatte die Verhandlungsgemeinschaft dieses Recht auf Wiederaufstockung des Pensums gefordert. Nur so ist gewährleistet, dass Teilzeitarbeit Frauen nicht nachhaltig bremst.

Nun sollen Eltern nach der Geburt eines Kindes nicht mehr nur ein Recht auf eine 20%-Reduktion des Pensums haben, sondern neu auch das Recht, das Pensum danach wieder aufstocken zu können. Die VGB hätte sich eine weitergehende Lösung gewünscht, als nur ein Rückkehrrecht während drei Jahren. Aber der Bundesrat hat hier einen wichtigen Entscheid für eine gleichstellungsfördernde Personalpolitik getroffen, den die Personalverbände begrüssen.

Die VGB ist überzeugt, dass dieser Rechtsanspruch die Hürde insbesondere für junge Väter entscheidend herabsetzt, zugunsten eines Engagements in der Familie den Schritt in die Teilzeit zu wagen. Nur wenn Väter gleichermassen wie Mütter bereit sind, vorübergehend ihr Arbeitspensum zu reduzieren, schnappt die Mutterfalle nicht mehr zu.

PUBLICA-RENTEN: ANTRAG TEUERUNGS AUSGLEICH WURDE ABGELEHNT

Foto: Shutterstock



Der Antrag der Sektion Romandie, gestellt am letzten Kongress, wonach sich die Verhandlungsgemeinschaft der Bundespersonalverbände für einen Teuerungsausgleich oder eine Einmalzulage einsetzen soll, wurde an der Sitzung des Paritätischen Organs des Bundes POB am 19. November 2019 diskutiert und abgelehnt.

Gemäss Statuten ist die Publica-Pensionskasse erst ab einem Deckungsgrad von 115% verpflichtet, Anpassungen bei den bestehenden Renten zu tätigen. Im Moment beträgt der Deckungsgrad 103,8% (Stand 18.11.2019).

POB-Mitglied und Vize-Präsident Bernd Talg hat als Ausweg den Antrag einer Einmalzulage gestellt. Ein solcher Betrag muss aber via Bundesrat und Parlament eingefordert werden.

Bernd Talg zeigte sich enttäuscht: «Unsere Rentner gehen wieder einmal leer aus! Aber wir werden uns weiterhin für sie einsetzen.»

Garanto lässt nichts unversucht und wird für die kommende Wintersession ein Parlamentsmitglied beauftragen, den Antrag für einen Pauschalbetrag während der Budgetberatung zu stellen. Falls der Antrag abgelehnt wird, versucht Garanto, für das Budget 2021 frühzeitig einen solchen Antrag zu deponieren.

WAHLEN 2019: GUTE AUSSICHTEN FÜR DAS BUNDESPERSONAL

Die Wahlen vom vergangenen Oktober endeten mit einigen Überraschungen: Das Ausmass der grünen Welle wurde von keinem Kommentator vorausgesehen. Die zahlreichen prominenten Abwahlen älterer Herren durch junge Menschen, davon viele Frauen, ebenfalls nicht. Getroffen hat es auch den ärgsten Feind des Bundespersonals, Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler. Auf dessen Konto gingen zahlreiche Interventionen, mitunter auch teure bürokratische Übungen wie etwa die Überprüfung des Lohnsystems, welche sich als Rohrkrepiierer herausstellte.

Diese nationalen Wahlen sind mehr als historisch. «Nie zuvor seit der Einführung des Proporztes 1919 kam es zu einer derart deutlichen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse. Damit nicht genug: Das linke Spektrum war in der Schweiz überhaupt noch nie so stark wie heute, und zwar nicht nur in Bezug auf die Wähleranteile», resümierte Michael Hermann jüngst im Tagesanzeiger.

Das sind auch gute Nachrichten für das Bundespersonal. Unsere Analyse bei drei wichtigen Vorstössen der vergangenen Legislatur, die das Bundespersonal betrafen, haben es gezeigt: Auf die SP, die Grünen und die CVP ist Verlass. Sie sind sehr bundespersonalfreundlich. Und diese drei Fraktionen stellen nun im neuen Nationalrat genau die Hälfte aller Abgeordneten, im Ständerat sogar die deutliche Mehrheit. Den Lackmустest wird das neue Parlament bereits in der Dezembersession bestehen. Da geht es darum, die Lohnerhöhung von 1% für alle gegen einen Kürzungsantrag zu verteidigen. Ich bin zuversichtlich, dass die neue Mehrheit für den Vorschlag des Bundesrates stimmt.

Heidi Rebsamen, Zentralsekretärin

EIN SCHRITT ZU EINER EXISTENZSICHERNDEN AHV

Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds haben an ihrer Versammlung am 15. November 2019 eine Initiative für eine 13. AHV-Rente beschlossen.

(SGB) In einer intensiven Debatte haben die rund 100 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter über die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente beraten und mit grosser Mehrheit beschlossen, diese Initiative im Frühjahr zu lancieren. «Damit machen wir einen konkreten und einfach umsetzbaren Vorschlag, um sinkenden Renten aus der 2. Säule etwas entgegenzusetzen. Und wir fordern nichts anderes als die Annäherung an das Verfassungsziel, dass die AHV den



Foto: SGB

Grundbedarf sicherstellen muss», erklärte SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard. Die Delegierten zeigten sich überzeugt, dass sie mit dieser Forderung eine Mehrheit der Stimmbevölkerung hinter sich haben. Dies gelte besonders im Jahr des Frauen*streiks. Denn, so machte SGB-Zentralsekretärin Gabriela Medici in ihrem Votum deutlich, «eine Verbesserung bei der AHV ist vor allem für Frauen, die sich viel zu oft nicht auf eine Pensionskasse verlassen können, existenziell». Wird die 1. Säule nicht gestärkt, führte SGB-Chefökonom Daniel Lampart aus, «werden wir Zeugen einer schleichenden Privatisierung der Altersvorsorge über den Ausbau der 3. Säule. Davon profitieren nur

Fortsetzung auf Seite 4 >

> Fortsetzung von Seite 3

Gutverdienende – sowie Banken und Versicherungen über hohe Gebühren.»

Mittel gegen sinkende Renten

Die Initiative ist die Antwort der Gewerkschaften auf das immer deutlicher sichtbar werdende Rentenproblem:

- Die Renten der Pensionskassen sinken seit Jahren. Obwohl die Berufstätigen immer höhere Beiträge in ihre Pensionskasse einzahlen.
- Die Rentensituation der Frauen ist besonders problematisch: Sofern sie überhaupt eine PK-Rente erhalten, ist diese durchschnittlich nur halb so hoch wie jene der Männer.
- Die Renten sind bereits erschreckend tief: Die Hälfte aller, die 2017 in Rente gingen, müssen mit weniger als 3600 Franken pro Monat über die Runden kommen (AHV und PK-Rente zusammen).

Deshalb braucht es eine 13. AHV-Rente so wie es für viele einen 13. Monatslohn gibt. Die Initiative versteht sich als erster Schritt hin zu existenzsichernden Renten. Denn wer ein Leben lang gearbeitet

hat, soll von der Rente leben können. So wie es die Verfassung seit bald 50 Jahren vorsieht. Gerade Frauen sind besonders auf eine leistungsfähige AHV angewiesen. Die AHV ist die einzige Sozialversicherung, welche die vorwiegend von Frauen erbrachte nicht entlohnte Pflege- und Sorgearbeit in die Rentenberechnung einbezieht.

Tiefe und mittlere Einkommen profitieren

Die Initiative ist simpel, aber bestechend: Sie fordert eine weitere Auszahlung der Altersrente, auf die man in der AHV Anspruch hat. Das ist auf eine monatliche Auszahlung gerechnet eine Erhöhung der Renten um 8,33 Prozent. Aufgrund der ausgleichenden Eigenschaft der AHV profitieren die tiefen und mittleren Einkommen so am meisten. Für eine Familie, sagen wir einen Tramführer und eine Teilzeit arbeitende Coop-Verkäuferin mit einem Kind, würde die Initiative rund 300 Franken mehr Rente pro Monat bedeuten. Die Initiative sieht ausserdem vor, dass auch EL-Bezüger/innen von der 13. Monatsrente profitieren sollen.

Die SGB-Delegierten haben zu-

dem beschlossen, dass die Gewinne der Schweizerischen Nationalbank zur Finanzierung der AHV herangezogen werden. Im Parlament soll auf entsprechende

Mehrheiten hingearbeitet werden. Sollte der parlamentarische Weg scheitern, wird der SGB die Lancierung einer Initiative zu dieser Frage prüfen.

FÜR EINE KLIMANEUTRALE SCHWEIZ!

(SGB) Die Delegiertenversammlung des SGB vom 15. November 2019 beschäftigte sich auch mit dem Klimawandel. In einer Resolution sprachen sich die Delegierten klar für eine gewerkschaftliche Beteiligung an der Klimabewegung aus. Eine klimaneutrale Schweiz ist technologisch und ökonomisch machbar, und bietet auch grosse Chancen. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter betonen in der Resolution, dass sozialverträgliche Massnahmen nötig sind. Angesichts steigender Gesundheits- und Wohnkosten sollten zusätzliche Abgaben vollumfänglich rückverteilt werden und Förderprogramme über allgemeine Bundesmittel finanziert werden. Für den Gewerkschaftsbund müssen die Energiewende und der Klimaschutz vor allem mit verstärkten Investitionen einhergehen, etwa in die Stromproduktion oder den öffentlichen Verkehr, und mit einem starken Service public.

Die Gewerkschaften werden jetzt auf lokaler Ebene mit den Gruppen der Klimabewegung Kontakte knüpfen oder fortsetzen, um mögliche gemeinsame Mobilisierungsformen zu besprechen, auch auf der Grundlage eines gewerkschaftlichen Forderungskatalogs. Die Mitglieder werden dazu aufgerufen, am 15. Mai 2020 eine Stunde Streik oder eine Aktion am Arbeitsplatz durchzuführen. Der SGB wird sich weiterhin für einen ökologischen Umbau der Schweizer Wirtschaft engagieren, der für alle Arbeitnehmenden und für die gesamte Bevölkerung Vorteile bringt.

Abstimmung vom 20. Februar 2020

JA ZU MEHR BEZAHLBAREM WOHNRAUM!

Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz lancierte 2015 zusammen mit dem Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), der SP Schweiz und den Grünen die nationale Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen». Sechs Monate vor Ablauf der Sammelfrist wurde sie am 18. Oktober 2016 mit 105'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Am 9. Februar 2020 kommt die Initiative an die Urne.

Wie Nahrung, Wasser, Kleidung und saubere Luft gehört auch das Wohnen zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Deshalb muss die Politik dafür sorgen, dass alle Menschen in der Schweiz eine angemessene und bezahlbare Wohnung haben. Das steht – bereits heute – in der Bundesverfassung. Sie fordert, dass «Wohnungssuchende für sich und ihre Familie

Fortsetzung auf Seite 5 >



Foto: AdobeStock

> Fortsetzung von Seite 4

eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können». Die Initiative setzt diesen Verfassungsauftrag endlich um.

Handlungsbedarf

Seit Jahren steigen die Mietzinse in der Schweiz. Besonders betroffen sind die Städte und Agglomerationen. Für die meisten Wohnungssuchenden ist es nach wie vor sehr schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Für eine gute Wohnraumversorgung bräuchte es mehr gemeinnützige Wohnungen, die der Spekulation entzogen sind. Zwar hat der Bundesrat mehrmals anerkannt, dass es Massnahmen braucht. Doch gehandelt hat er nicht. Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» zwingt den Bund, in der Wohnpolitik aktiv zu werden und endlich seinen Verfassungsauftrag umzusetzen. Denn Artikel 108 der Bundesverfassung verpflichtet den Bund, den preisgünstigen Wohnraum zu fördern. Artikel 41 der Bundesverfassung fordert zudem von Bund und Kantonen, sich dafür einzusetzen, dass «Wohnungssuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können».

Konkrete Massnahmen

Der Bund kann bereits heute mit zinsgünstigen Darlehen und Bürgschaften für Wohnbaugenossenschaften den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Leider genügt das nicht, um den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen zu erhöhen. Dieser beträgt schweizweit nur gerade fünf Prozent. Deshalb muss sich der Bund stärker für mehr gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum engagieren. Die Initiative schlägt konkret vor:

- Der Bund und die Kantone sollen zusammen dafür sorgen, dass gesamtschweizerisch mindestens 10 Prozent der neu ge-

bauten Wohnungen gemeinnützig sind.

- Die Gemeinden und Kantone sollen ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke erhalten, um diese dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.
- Bund und bundesnahe Betriebe wie z.B. die SBB sollen ihr Land zuerst den Gemeinden und Kantonen zum Kauf anbieten.
- Fördergelder der öffentlichen Hand, zum Beispiel für energetische Sanierungen, dürfen nur ausbezahlt werden, wenn sie nicht zum Verlust von bezahlbarem Wohnraum führen.
- Weiter können Bund und Kantone mit raumplanerischen Mitteln den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern.

Geringe Kosten, hoher Ertrag

Wenn Gemeinden oder Kantone Grundstücke kaufen, erfordert das zwar finanzielle Mittel, wenn aber dieses Land wie vorgesehen anschliessend im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben wird, fliessen jährlich Einnahmen in Form von Baurechtszinsen zurück. Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand in Form von zinsgünstigen Darlehen oder Bürgschaften kosten die öffentliche Hand wenig bis nichts. Investitionen in den gemeinnützigen Wohnungsbau lohnen sich für alle. Dank tieferen Mieten, ausgeprägter Freiwilligenarbeit und genossenschaftsinternen sozialen Angeboten werden die Kantone und Gemeinden in der Sozialhilfe massiv entlastet. Davon profitieren letztlich die Steuerzahlenden. Genossenschaften bieten zudem häufig Quartierinfrastruktur an, die vom ganzen Stadtteil genutzt werden kann (Gemeinschaftsräume, Kinderkrippen, -gärten, Mittagstische etc.).

Garanto unterstützt aus all diesen Gründen die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» und gibt für die Abstimmung am 9. Februar 2020 die Ja-Parole aus.



Foto: AdobeStock

Die Klimajugend will nach der erfolgreichen Demo vom 28. September 2019 einen «Strike for Future» organisieren, stattfinden soll dieser am 15. Mai 2020. Die jungen Frauen in der Bewegung hoffen, es könnte so was Ähnliches wie der Frauenstreik auf die Beine gestellt werden. Die Gewerkschaften sind angefragt, da mitzuhelfen.

Fakt ist: Das Klima verändert sich bedrohlich schnell und in der Schweiz steigen die Temperaturen stärker als in Ländern, die an Meere angrenzen. Wegen unserer Topografie wird das schnell ganz kritisch: Dörfer geraten ins Rutschen, Schienen und Strassen werden verschüttet. Wer meint, wir seien bei den CO₂-Emissionen wegen unserer Stromproduktion aus Wasserkraft und Atomenergie fein raus, täuscht sich: Der Treibhausgas-Fussabdruck der Schweiz liegt wegen der Güter, die wir importieren, mehr als doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt.

Wir müssen was tun. Auch wir Gewerkschaften, denn unsere Mitglieder auf dem Bau, in der Pflege, an den Schienen und an den Grenzen spüren die zunehmenden Hitzetage in aller Härte. Der Klimaschutz kann nicht auf die lange Bank geschoben werden, aber wir sind konfrontiert mit einer Menge von unbequemen Fragen, denen wir nicht ausweichen dürfen:

Die Gebäudesanierungen sind notwendig, aber sie sind ein Kostentreiber für die Mieten. Der Verkehr ist ein Hauptverursacher der

Emissionen, es braucht also höhere Treibstoffpreise. Aber in den Randregionen und bei Schichtarbeit sind die Menschen auf Autos angewiesen. Die Forderungen der Klimajugend sind berechtigt, aber zwei Tage nach ihrem anvisierten Klimastreik-Tag vom 15. Mai 2020 kommt die Kündigungsinitiative der SVP zur Abstimmung. Diese abzuwehren braucht den Einsatz von uns allen.

Das Dilemma ist akut. Klimaschutz und Energiewende dürfen nicht aufgeschoben werden. Wer aber behauptet, das sei ohne hohe Kosten und einschneidende Änderungen im Alltag zu bewerkstelligen, macht den Leuten was vor. Wir müssen Energie sparen und wir müssen wo immer möglich auf Energieverbrauch verzichten. Der Handlungsspielraum für Leute mit geringen Einkommen ist aber nicht gross. Genau hier stehen wir Gewerkschaften in der Verantwortung: Jegliche Verteuerung von Energie in Form von Abgaben muss auch wieder an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Und Arbeitnehmende, die keine Alternative zum Auto haben, dürfen dafür nicht gebüsst werden. Die Arbeitsbedingungen müssen klimaverträglich werden! Das gilt vorrangig für die Branchen, in denen draussen gearbeitet werden muss.

Eine soziale Energiewende und ein Klimaschutz, der Geringverdienende schon – das sind die gewerkschaftspolitischen Leitplanken der kommenden Zeit.

Dore Heim, Zentralsekretärin SGB

KLIMASCHUTZ: KLARTEXT REDEN

Der Bundesrat will eine klimaneutrale Schweiz bis 2050. In den Parlamentswahlen vom 20. Oktober 2019 haben die Grünen und Grünliberalen einen überragenden Sieg errungen. Die Behandlung des CO₂-Gesetzes hat Fahrt aufgenommen.

Die Emissionswerte für fossile Heizungen sollen ab 2023 verschärft werden, ein Klimafonds soll die Finanzierung von Gebäudesanierungen langfristig sichern und eine Flugticketabgabe das Fliegen verteuern.

Sektionen laden ein

SEKTION SCHAFFHAUSEN

Generalversammlung am 17. Januar 2020

Am Freitagabend, 17. Januar 2020, um 20.00 Uhr findet im Bistro «La Résidence» in Schaffhausen unsere 17. Generalversammlung statt.

Traktanden

1. Wahl der Stimmzähler
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung
3. Mutationsbericht
4. Jahresbericht des Präsidenten
5. Jahresrechnung
6. Bericht und Antrag der Rechnungsrevisoren
7. Budget für das laufende Jahr
8. Festsetzung der Jahresbeiträge für Aktive und Pensionierte
9. Genehmigung der Jahresrechnung und des Budgets
10. Wahl des Vorstandes und der Rechnungsrevisoren
11. Wahl von Mitgliedern in Spezialkommissionen und Delegierten
12. Weitere Geschäfte und Anträge

Der vorangehende Apéro und das anschliessende Nachtessen bezahlen wir aus der Sektionskasse. Ab 18.00 Uhr seid ihr ganz herzlich willkommen!

2020 steht der Kongress bevor und so gibt es diesmal einiges zu berichten.

Anmeldung bis spätestens am 5. Januar 2020 per E-Mail an frank.zimmerli@ezv.admin.ch oder per Telefon 079 532 32 74.

SEKTION NORDWESTSCHWEIZ

Einladung zur Generalversammlung 2020

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es freut mich, Euch zur Generalversammlung der Garanto-Sektion Nordwestschweiz einzuladen.

Die Generalversammlung findet am **Donnerstag, 23. Januar 2020**, um 18.30 Uhr im Restaurant Bad Bubendorf in Bubendorf statt. Die Saalöffnung erfolgt um 18.00 Uhr. Das Abendessen, zu dem Ihr alle herzlich eingeladen seid, wird circa um 20.30 Uhr serviert. Wir freuen uns, Euch an der Generalversammlung zu begrüssen und hoffen auf eine zahlreiche Teilnahme. Wer sich für das Nachtes-

sen anmeldet und nicht erscheint, dem wird ein Unkostenbeitrag verrechnet.

Roland Rössli,
Präsident Sektion Nordwestschweiz

Traktanden

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmzähler
3. Protokoll der letzten GV
4. Mutationen
5. Jahresbericht 2019
6. Kassenbericht 2019 und Bericht der GPK
7. Wahlen: Wahl eines Ersatzmitgliedes für die GPK
8. Anträge
9. Aktuelles aus dem Zentralvorstand
10. Verschiedenes

Hinweise

Anträge sind bis zum **21.12.2019** an den Präsidenten zu richten.

Der Jahres- und Kassenbericht der Sektion steht auf der Homepage ab 28.11.2019 zur Verfügung. (www.garanto.ch)

Auf einen Versand an die Dienststellen wird verzichtet.

Den Pensionierten wird auf Antrag ein Exemplar des Jahresberichtes 2019 zugestellt.

Anfahrt: ÖV: Zug nach Liestal, ab Liestal Waldenburgerbahn oder Bus Linie 80 ab Aeschenplatz nach Liestal, ab Liestal Nr. 70/71 mit Halt auf Verlangen.

Auto: Parkplätze (Bad Bubendorf) stehen zur Verfügung.

Anmeldung zur Generalversammlung Garanto-Sektion Nordwestschweiz vom 23.01.2020.

Name:

Vorname:

Adresse:

PLZ, Wohnort:

Ich komme

Ich kann nicht kommen

Anmeldetalon bis zum **15.12.2019** an die folgende Adresse senden: Gabriela Münger, Fellihof 30, 4447 Känerkinden, E-Mail: gabriela.muenger@ezv.admin.ch.

(Weitere Anmeldetalons können unter www.garanto.ch abgerufen werden).

SEKTION BERN-INNERSCHWEIZ

Generalversammlung

Am **30. Januar 2020** findet die Generalversammlung der Sektion Bern-Innerschweiz im **Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern**, statt. Wie immer spendiert die



Sektion um 18.00 Uhr ein Nachtessen. Die Generalversammlung startet um 19.30 Uhr.

Dieses Jahr wird die Versammlung über zwei Anträge* abstimmen, die der Vorstand auflegt.

Eingeladen wird das designierte ZV-Präsidium und die Zentralsekretärin Heidi Rebsamen.

* Der Vorstand erwartet eine rege Beteiligung, da es bei einem Antrag um die Zukunft der Sektion geht und dies den anwesenden Mitgliedern am Herzen liegen sollte.

SEKTION SCHAFFHAUSEN PENSIONIERTENGRUPPE

Einladung zur Generalversammlung

am **Dienstag, 18. Februar 2020**, um **14.00 Uhr**

Die GV findet im Restaurant zum alten Schützenhaus in Schaffhausen statt. Musikalisch wird sie von der Zoll-Musik SH umrahmt.

Traktanden

1. Wahl der Stimmzähler
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung
3. Mutationsbericht
4. Jahresbericht des Obmanns
5. Jahresrechnung
6. Bericht und Antrag des Rechnungsrevisors
7. Genehmigung und Abnahme der Jahresrechnung
8. Wahl des Vorstandes und des Rechnungsrevisors
9. Reisevorschlag/Datum
10. Freundschaftsschiessen
11. Verschiedenes

Anträge zuhanden der GV sind bis **10. Februar 2020** an den Obmann zu richten (Tel. 052 680 12 41).

Matthias Rahm, Obmann der
Pensioniertengruppe Schaffhausen

SEKTION NORDWESTSCHWEIZ PENSIONIERTENGRUPPE

Einladung zur Jahresversammlung 2020

Dienstag, 21. Januar 2020, 14.00 Uhr, Gebäude Alterszentrum «Birsfelderhof», Hardstrasse 71, Birsfelden

Traktanden

1. Begrüssung / Appell / Jahresrückblick
2. Wahl der Stimmzähler
3. Protokoll vom 22. Januar 2019
4. Mutationen, Totenehrung
5. Kassabericht und Bericht der Revisoren
6. Wahl des Vorstandes
Obmann
Kassier
Übrige Vorstandsmitglieder
7. Wahl der Revisoren
8. Anträge des Vorstandes und der Mitglieder
9. Frühlingausflug 2020
10. Herbstwanderung 2020
11. Herbstanlass 2020
12. Adventsfeier 2020
13. Diverses

Anträge sind bis zum **14. Januar 2020** schriftlich an den Obmann Walter Kräutli, Bruderholzstrasse 36, 4102 Binningen, zu richten.

Walter Kräutli, Obmann Garanto-Sektion
NWS, Pensioniertengruppe

Wandergruppe «Guet z'Fuess»

Wanderung:

Donnerstag, 19.12.2019

Treffpunkt: 10.00 Uhr Endstation Tram 8, Neuweilerstrasse (Abfahrt ab Bahnhof SBB 09.42).

Wanderung: Allschwilerweiher – Chuestelli – Biel-Benken, circa 2 Stunden, aufwärts 143 Meter, abwärts 114 Meter.

Einkehr: Restaurant Zihlmann, circa 12.30 Uhr.

Nichtwanderer willkommen, bitte anmelden.

Walti Kräutli, 061 322 85 68
(evtl. 077 417 41 05 am Wandertag)

Sektionen laden ein

SEKTION ZÜRICH PENSIONIERTENGRUPPE

Einladung zur Frühjahrsversammlung 2020

Donnerstag, 6. Februar 2020, um 14.15 Uhr im Restaurant Hans im Glück, Graswinkelstrasse 54, 8302 Kloten

(mit Bus Nr. 733 ab Bahnhof Kloten oder Bahnhof Zürich-Flughafen), Haltestelle: Kloten Wohnheim

Traktanden:

1. Begrüssung
2. Wahl eines Stimmenzählers
3. Genehmigung des Protokolls der Frühjahrsversammlung 2019
4. Mutationsberichte
5. Jahresbericht des Obmanns
6. Vorlage der Jahresrechnung 2019 und des Revisionsberichtes
7. Genehmigung und Abnahme der Jahresrechnung 2019
8. Festsetzen des Jahresbeitrages
9. Wahlen
10. Jahresprogramm 2020
11. Anträge
12. Verschiedenes und Umfrage

Anträge sind bis am **15. Januar 2020** schriftlich an den Obmann Viktor Zäch, Hohrainlistrasse 43, 8302 Kloten, einzureichen.

Wanderprogramm

Organisation

Für die Organisation haben sich die bewährten zwei Wanderleiter wieder zur Verfügung gestellt, die jeweils fünf bzw. sechs Wanderungen organisieren und leiten werden. Eine Wanderung wird von Walter Weber organisiert und geleitet.

Die Organisation des Herbstanlasses sowie die Publikationen in der Zeitung und auf der Homepage wird von mir als Obmann koordiniert. Vorschläge für Wanderungen, Carausflüge oder Herbstanlässe sind jederzeit willkommen.

Die Wanderungen finden immer am ersten Dienstag im Monat, bei jedem Wetter, statt. Sie dauern 2 bis 3 Stunden. Für jede Wanderung ist ein Treffpunkt (Ort und Zeit) definiert. Die Anreise (Billett, Abfahrtszeiten ab Wohnort, Versicherung etc.) ist Sache der Teilnehmer.

Auskunft über die einzelnen Wanderungen erteilen die verantwortlichen Wanderleiter.

René Fischer 079 454 98 70
Viktor Zäch 079 812 43 89
Walter Weber 079 485 18 46

Viktor Zäch Obmann Pensionierte Zürich

7. Januar:

Mit am Zug an Zugersee

Route: Rotkreuz – Immensee (Mi).
Distanz / Auf-/Abstieg: 8,3 km / 159 m / 171 m.

Treffpunkt: Bhf Rotkreuz, 09.10 Uhr.

Billett: Rotkreuz / retour ab Immensee.

Wanderleiter: René Fischer.

4. Februar: Furttal

Route: Dielsdorf – Adlikon (Mi).

Distanz / Auf-/Abstieg: 7,1 km / 115 m / 104 m.

Treffpunkt: Bhf Dielsdorf, 08.45 Uhr.

Billett: Dielsdorf / retour ab Adlikon b.R., Haltestelle Dorf.

Wanderleiter: Viktor Zäch.

3. März: An der Aare

Route: Turgi – Brugg (Mi).

Distanz / Auf-/Abstieg: 8,4 km / 108 m / 186 m.

Treffpunkt: Bhf Turgi, 09.20 Uhr.

Billett: Turgi / retour ab Brugg.

Wanderleiter: René Fischer.

7. April: Kempt

Route: Fehraltorf – Effretikon (Mi).

Distanz / Auf-/Abstieg: 8,55 km / 121 m / 135 m.

Treffpunkt: Bhf Fehraltorf, 08.30 Uhr.

Billett: Fehraltorf / retour ab Effretikon.

Wanderleiter: Viktor Zäch.

5. Mai: Im Glatttal

Route: Rümlang – Niederhasli (Mi);
Bus nach Niederglatt – Niederglatt Zentrum – Oberglatt Bären – Bus nach Bülach.

Distanz / Auf-/Abstieg: 11,86 km / 146 m / 144 m oder 10,75 km / 123 m / 118 m.

Treffpunkt: Bhf Rümlang, 09.10 Uhr.

Billett: Bhf Rümlang / retour ab Oberglatt Bären.

Wanderleiter: Walter Weber.

2. Juni: Tobelwanderung

Route: Zumikon – Erlenbach (Mi).

Distanz / Auf-/Abstieg: 10 km / 219 m / 466 m.

Treffpunkt: Bhf Zumikon (Forchbahn), 09.05 Uhr.

Billett: Zumikon / retour ab Erlenbach.

Wanderleiter: René Fischer.

Juni: Carausflug Programm folgt später

7. Juli: Toggenburg

Route: Alt St. Johann – Nesslau Germen.

Distanz / Auf-/Abstieg: 8,56 km / 163 m / 237 m.

Treffpunkt: Alt St. Johann, 08.40 Uhr.

Billett: Alt St. Johann, Dorf / retour ab Nesslau Germen.

Wanderleiter: Viktor Zäch.

4. August: Rundtour Weinfelden

Route: Rundtour ab Weinfelden (Mi).

Distanz / Auf-/Abstieg: 7,7 km / 196 m / 196 m.

Treffpunkt: Bhf Weinfelden, 09.25 Uhr.

Billett: Weinfelden retour.

Wanderleiter: René Fischer.

1. September: Thurtal

Route: Bischofszell – Krادolf (Mi) – Sulgen.

Distanz / Auf-/Abstieg: 9,98 km / 165 m / 222 m.

Treffpunkt: Bhf Bischofszell Stadt, 08.55 Uhr.

Billett: Bischofszell Stadt / retour ab Bhf Sulgen.

Wanderleiter: Viktor Zäch.

September: Herbstanlass Programm folgt später

6. Oktober: Zum Wasserschloss
Route: Amriswil – Hagenwil – Amriswil (Mi).

Distanz / Auf-/Abstieg: 8,9 km / 176 m / 175 m.

Treffpunkt: Bhf Amriswil, 09.05 Uhr.

Billett: Amriswil retour.

Wanderleiter: René Fischer.

3. November: Zürcher Oberland

Route: Dürnten – Wolfhausen (Mi) – Feldbach.

Distanz / Auf-/Abstieg: 9,46 km / 139 m / 223 m.

Treffpunkt: Dürnten Ezelstrasse, 09.15 Uhr.

Billett: Dürnten Ezelstrasse / retour ab Bhf Feldbach.

Wanderleiter: Viktor Zäch.

1. Dezember:

Stammheimer Weinberge

Route: Rundwanderung durch die Weinberge (Mi).

Distanz / Auf-/Abstieg: 6,4 km / 148 m / 148 m.

Treffpunkt: Bhf Stammheim, 09.15 Uhr.

Billett: Bhf Stammheim retour.

Wanderleiter: Viktor Zäch.

**Die nächste Ausgabe von «Garanto»
erscheint am 28. Februar 2020.**

Sektionen berichten

SEKTION ZÜRICH PENSIONIERTENGRUPPE

Herbstanlass 2019

Kaffee hören, sehen und trinken

Am 14. November 2019 trafen sich 14 Mitglieder abends bei der Stoll-Kaffee-AG in Zürich. Nach einer Einführung über die geschichtliche Herkunft und Produktion der Kaffeebohnen besichtigten wir die mit Bohnen gefüllten angeliefer-

ten Säcke und die beiden Röstanlagen, wovon die eine innerhalb von 16 Minuten circa 60 kg Bohnen verarbeiten kann.

Zum Schluss durfte auch eine Kaffee-Degustation nicht fehlen, eine Gelegenheit, von der alle Mitglieder Gebrauch machten.

Nach der Besichtigung ging es noch in die Pizzeria Mezzo, wo wir gemütlich den Abend ausklingen liessen.



Foto: Sektion ZH PG

garanto

Die Zeitung der Gewerkschaft des
Zoll- und Grenzschutzpersonals

Le journal du syndicat du personnel de
la douane et des gardes-frontière

Il giornale del sindacato del personale
delle dogane e delle guardie di confine

Photo: AFD



Les positions de Garanto sur le processus de transformation de l'AFD

IL DOIT RESTER POSSIBLE D'EFFECTUER UN TRAVAIL QUALIFIÉ DE HAUT NIVEAU SANS ARMES

Prémisse

Les affirmations sont fondées sur la stratégie de contrôle adoptée en août 2018 et sur une note de discussion du Conseil fédéral, rendue public lors d'une conférence de presse fin avril 2019.

Introduction

1 Il est frappant de constater que la fonction de sécurité et de contrôle doit être renforcée, mais pas la «sauvegarde des recettes fédérales». Nous nous demandons pourquoi elle n'a pas été incluse dans les principes stratégiques de l'AFD.

2 Nous classons deux des principes stratégiques comme particulièrement sensibles:

- Nous voulons faire partie des meilleures unités administratives de Suisse.

Garanto refuse la concurrence avec les corps de police cantonaux, avec le SEM, avec fedpol ou d'autres unités administratives, parce qu'elle ne mène nulle part.

- Nous pensons en termes de variantes, et sommes prêts à prendre en compte consciem-

ment les risques de la solution choisie.

L'AFD veut prendre consciemment en compte les risques dans le choix de ses solutions. Cette conception de la gestion se reflète notamment dans la stratégie de contrôle. De toute évidence, les responsables veulent concentrer les ressources en personnel dans le domaine de la sécurité, tandis que pour les tâches fiscales l'accent est mis sur l'automatisation. Mais ce calcul est-il juste?

Suite à la page 9 >

LA PROGRESSION SALARIALE ÉQUITABLE EST DIFFÉRENTE

Ça ressemble à un rituel: chaque année lors des négociations salariales, nous essayons d'obtenir plus de salaire pour les employés de l'AFD, et chaque année les employeurs Conseil fédéral, Conseil national et Conseil des États s'y opposent. Cette année, nous avons demandé à la Confédération d'augmenter les salaires de 2400 francs par employé et employée. Au lieu d'une augmentation salariale en pourcentage, nous voulions appliquer ce montant fixe, dont les revenus moyens et faibles bénéficient davantage. Ces dernières années à titre de compromis, nous avons soutenu les résultats des négociations qui ont élargi l'écart salarial entre «pauvres» et «riches», en n'augmentant que faiblement le salaire des petits salariés, alors que plus on monte dans l'échelle salariale, plus la hausse est forte. Mais le coût de la vie et des assurances sont les mêmes pour chacun d'entre nous. C'est pourquoi nous avons besoin d'enfin changer de paradigme dans les négociations salariales! Tous les salaires devraient être augmentés désormais d'un montant fixe, quel que soit le niveau du salaire annuel actuel et futur.

Ce n'est que justice: cela permettrait d'enfin briser la tendance à des écarts salariaux toujours plus grands et d'assurer une progression salariale équitable pour tous. Soyons plus courageux en ce sens à l'avenir. Disons adieu aux revendications salariales en pourcentage, ne nous battons que pour des sommes fixes qui augmentent les salaires!

En 2019 non plus le conseiller fédéral Ueli Maurer n'a pas – ou alors très peu – entendu son personnel. Depuis des années, la Confédération réalise des milliards de bénéfices grâce à ses excédents. Ceux-ci s'accumulent dans les comptes, rien n'est versé au personnel, qui a contribué de façon significative à ce succès: laissez-nous enfin profiter des fruits de notre travail!

Bernad Talg, vice-président de Garanto

> Suite de la page 8

1. En général

3 Il existe des problèmes centraux non résolus ou présentant un potentiel d'amélioration. Le nouveau directeur de l'AFD a rapidement pris conscience de tout cela. Avec le programme DaziT, il s'efforce non seulement de trouver une solution aux problèmes informatiques, mais aussi de mettre en place une numérisation complète et une nouvelle stratégie de contrôle. Le CD AFD espère que cela assurera «une sécurité complète pour la population, l'économie et l'État». Mais cette exigence élevée peut-elle être respectée avec la nouvelle stratégie de contrôle?

2. De l'autorité fiscale à l'autorité de contrôle

4 Les tâches douanières classiques et le régime douanier standardisé sont radicalement dévalorisés: Visiblement, il n'y a plus besoin de personnel douanier pour déterminer les droits de douane, évaluer la taxe sur la valeur ajoutée à la frontière ou appliquer des dispositions non douanières, «les clients accomplissent les formalités de manière indépendante et sans personnel douanier». Le client doit accomplir lui-même ces formalités à l'aide des technologies informatiques les plus récentes. Le terme «formalités» est-il assimilé au terme «procédure de taxation»? Un processus complexe et juridiquement contraignant est-il présenté comme une simple formalité?

5 Plutôt que de soutenir les personnes assujetties lors de la déclaration des marchandises commerciales personnellement si nécessaire, les responsables de l'AFD bouleversent le régime douanier précédent en mettant en place un système de contrôle multi-étapes en aval. Le CD AFD est-il conscient que ce régime exige beaucoup de personnel? Et qu'en est-il de son efficacité?

6 Si la stratégie de contrôle est mise en œuvre et que la douane «sans guichet» devient réalité, nous craignons une augmentation marquée du taux d'erreur dans les procédures automatisées et une perte de recettes. Dans les faits, il s'agit d'un démantèlement grossier du service public. Si tout le monde s'occupe de la sécurité et reste sur le terrain, il manque des gens dans le back-office

et le soutien intensif fait défaut. Nous craignons aussi des dommages économiques, sous forme de coûts supplémentaires, d'absence fréquente d'interlocuteurs et de soutien général.

3. Fusion de la douane et du Cgfr

7 Fondamentalement, Garanto salue l'intention de fusionner les deux corps de personnel, aussi pour des raisons de sécurité. De nombreux employés des douanes civiles se plaignent de situations menaçantes et de lieux de travail non protégés.

8 Mais la fusion pose un défi particulier. Il s'agit d'unifier deux cultures très différentes, l'une militaire et l'autre civile. Les deux corps de personnel ont une histoire de plus de 100 ans avec des mécanismes de démarcation mutuelle. Cela ressort aussi de la subordination du Cgfr au code pénal militaire. Nous saluons le fait qu'il s'agisse d'une harmonisation, mais nous plaidons en faveur de la subordination au droit pénal civil. De manière générale, nous nous demandons comment des «experts fiscaux» peuvent devenir des employés de sécurité.

9 L'armement d'une partie du futur personnel est un défi supplémentaire. Le personnel existant ne doit pas être mis sous pression. Il doit rester possible d'effectuer un travail qualifié de haut niveau sans armes.

4. Profil professionnel et formation

10 L'idée d'une formation de base commune n'est pas nouvelle. La profonde réorganisation de la formation et la «reconversion» du personnel existant est une tâche gigantesque. Pour Garanto, une formation complète à la sécurité lors de la formation de base est déjà une nécessité actuelle, et est indispensable pour une formation orientée vers l'avenir.

11 Mais il y a un risque que l'unification de la formation conduise à un nivellement par le bas. Cela doit absolument être évité.

5. Hauts coûts

12 Le coût du renouvellement total des technologies de l'information et de la communication est estimé à 393 millions de francs. Le fait est que la nouvelle AFD, respectivement OFDE, entraî-

nera des frais supplémentaires pas encore chiffrés. Garanto craint un désastre, en raison de la détérioration des perspectives économiques et financières.

6. Conclusion

13 La profonde transformation de l'organisation, de la formation et des orientations stratégiques de l'AFD est une tâche

herculéenne. À cela s'ajoute la révision totale de la loi sur les douanes, de nouvelles procédures avec leurs outils (matériels et logiciels). Le tout avec un corps de personnel peu enthousiaste. L'unification de la formation risque de conduire à un nivellement par le bas, y compris en termes de salaires.

Le Comité central et les présidents de sections de Garanto, le 18 octobre 2019



COMMUNIQUÉS DE PRESSE DE LA COMMUNAUTÉ DE NÉGOCIATION DU PERSONNEL DE LA CONFÉDÉRATION (CNPC)

1% de salaire en plus pour le personnel fédéral

La Communauté de négociation du personnel de la Confédération (CNPC), qui, en regroupant l'APC, Garanto, le SSP et l'APfedpol, représente la plus grande partie des employé(e)s de la Confédération, s'est entretenue en novembre avec le ministre des Finances Ueli Maurer dans le cadre des négociations salariales. La CNPC a exigé des mesures à hauteur de 2%, soit la compensation du renchérissement et une augmentation des salaires réels de 200 francs par mois.

Au terme d'intenses discussions, les partenaires sociaux sont parvenus au compromis suivant:

– Augmentation générale des salaires de 1% (y compris renchérissement de 0,5%)

Le Conseil fédéral n'a pas souhaité entrer en matière sur l'idée d'une augmentation salariale exprimée en francs.

Il s'agit de la première hausse des salaires réels accordée au personnel fédéral depuis 2014. Une mesure plus que justifiée compte tenu des 2,5 milliards de francs d'excédent.

La CNPC et les différentes associations qui la composent continueront à défendre les intérêts de leurs membres et à se battre activement pour que l'administration fédérale reste un employeur moderne et attrayant.

Succès pour l'égalité: le droit de réaugmenter leur taux d'occupation

La Communauté de négociation du personnel de la Confédération porte un jugement différencié sur la révision de la législation sur le personnel de la Confédération présentée aujourd'hui par le Conseil fédéral.

La nouvelle réglementation selon laquelle les parents auront le droit de réaugmenter leur taux d'occupation constitue un succès pour l'égalité entre femmes et hommes. Généralement, le temps partiel est considéré comme la solution qui permet de concilier activité professionnelle et garde des enfants. Ce sont toujours la plupart du temps les mères qui réduisent leur taux d'occupation. Très souvent, cela implique ensuite une cassure dans leur carrière et pour leur revenu, une cassure qu'elles ne parviennent plus à corriger. Des pères expriment certes le vœu de pouvoir s'engager davantage dans leur famille après la naissance de leur enfant, mais ils n'osent pas le faire par crainte des conséquences professionnelles. C'est pour cela que la CNPC a demandé ce droit de réaugmenter son taux d'occupation. C'est la seule manière de garantir que le travail à temps partiel ne freine pas durablement les femmes.

Désormais, les parents ne devront plus, après la naissance d'un enfant, n'avoir droit qu'à une réduction de 20% de leur taux d'occupation, mais pourront désormais à nouveau réaugmenter ce dernier. La CNPC aurait souhaité une solution plus généreuse qu'uniquement un droit de retour pendant trois ans. Mais le Conseil fédéral a pris ici une décision importante pour une politique du personnel favorable à l'égalité des sexes, une décision que les associations du personnel saluent.

La CNPC est persuadée que ce droit abaissera de manière déterminante les obstacles à cause desquels surtout les jeunes pères n'osent pas faire le pas du temps partiel pour s'engager dans leur famille. Ce n'est que si les pères sont aussi prêts que les mères à réduire momentanément leur taux d'occupation que le piège de la maternité ne fonctionnera plus.

RENTES PUBLICA: REFUS DE LA PROPOSITION DE COMPENSATION DU RENCHÉRISSEMENT

Photo: Shutterstock



Déposée au dernier congrès, la proposition de la section Romandie selon laquelle la Communauté de négociation du personnel de la Confédération doit s'engager pour une compensation du renchérissement ou une indemnité unique, a été discutée et refusée, lors de la séance de l'Organe paritaire (OPC) le 19 novembre 2019.

Les statuts de la caisse de pension Publica n'exigent une adaptation des rentes existantes qu'à partir d'un taux de couverture de 115%. Actuellement (18.11.2019), le taux de couverture est de 103,8%.

Membre de l'OPC et vice-pré-

sident, Bernd Talg, a déposé une demande d'indemnité unique pour sortir de l'impasse. Mais un tel montant doit être réclamé auprès du Conseil fédéral et du parlement.

Bernd Talg a exprimé sa déception: «Une fois encore, nos retraités repartent les mains vides, mais nous allons continuer à les défendre.»

Garanto s'engage et demandera à un membre du parlement de déposer à la session d'hiver la proposition de montant forfaitaire lors du traitement du budget. Si la demande est rejetée, Garanto tentera de déposer une proposition analogue à l'avance pour le budget 2021.

ÉLECTIONS 2019: BONNES PERSPECTIVES POUR LE PERSONNEL DE LA CONFÉDÉRATION

Les élections d'octobre dernier ont amené leur lot de surprises: l'étendue de la vague verte n'avait été prévue par aucun commentateur. Les nombreuses non-réélections d'hommes connus et âgés au profit de personnes plus jeunes dont de nombreuses femmes non plus. La non-réélection a aussi frappé le pire ennemi du personnel de la Confédération, le directeur de l'USAM Hans-Ulrich Bigler. Il a fait l'objet de nombreuses interventions, parfois aussi de coûteux exercices bureaucratiques comme la vérification du système salarial qui s'est avéré être un pétard mouillé.

Ces élections fédérales sont plus qu'historiques. «Jamais depuis l'introduction de la représentation proportionnelle en 1919, il n'y a eu un tel changement dans l'équilibre du pouvoir politique. Et ce n'est pas tout: le spectre de la gauche en Suisse n'a jamais été aussi fort qu'aujourd'hui, et pas seulement en termes de parts électorales», résumait Michael Hermann récemment dans le Tagesanzeiger.

Ce sont de bonnes nouvelles aussi pour le personnel de la Confédération. Nos analyses de trois importantes interventions concernant le personnel fédéral de la dernière législature ont montré que le PS, les Verts et le PDC sont des partenaires de confiance. Et ces trois groupes représentent désormais exactement la moitié des élus du nouveau Conseil national, et même une claire majorité au Conseil des États. Le nouveau parlement passera le test décisif à la session de décembre déjà, où il s'agit de défendre une augmentation salariale de 1% pour tous, contre une proposition d'économie. J'ai confiance que la nouvelle majorité approuve la proposition du Conseil fédéral.

Heidi Rebsamen, secrétaire centrale

UN PAS VERS UNE AVS QUI ASSURE LES BESOINS DE BASE

Lors de leur assemblée du 15 novembre 2019, les délégué(e)s de l'Union syndicale suisse (USS) ont décidé de passer à l'offensive dans la prévoyance vieillesse en choisissant de lancer une initiative populaire pour une 13^e rente AVS.

(USS) Après un débat intense sur le projet d'initiative populaire pour une 13^e rente AVS, les quelque 100 syndicalistes ont décidé à une large majorité de lancer cette initiative au printemps 2020. «Avec cette initiative, nous faisons une proposition concrète et facile à mettre en œuvre afin de contrer les baisses de rentes du 2^e pilier. Nous n'exigeons rien d'autre que de se rapprocher de l'objectif constitutionnel selon lequel l'AVS doit assurer les besoins de base», a expliqué le président de l'USS Pierre-Yves

Maillard devant les délégué(e)s. Pour ces derniers, il ne fait pas de doute que cette revendication ralliera derrière elle une majorité d'électrices et électeurs, surtout en cette année de la Grève des femmes*. En effet, «une amélioration de l'AVS est d'une importance existentielle spécialement pour

les femmes, qui, trop souvent, ne peuvent compter sur une caisse de pensions», a exposé la secrétaire centrale de l'USS Gabriela Medici dans son intervention. Si l'on ne renforce pas le 1^{er} pilier, «nous assisterons à une privatisation rampante de la prévoyance vieillesse à travers l'expansion du 3^e pilier»,

a souligné pour sa part Daniel Lampart, économiste en chef de l'USS. «Seules les personnes bien payées en profiteront, ainsi que les banques et les assurances grâce à des frais élevés.»

Des moyens contre les rentes en baisse

Cette initiative est la réponse des syndicats au problème des rentes qui devient toujours plus évident:

- Les rentes du 2^e pilier baissent depuis des années, même si les salarié(e)s cotisent toujours plus dans leur caisse de pensions.
- La situation des rentes est particulièrement problématique pour les femmes: pour autant qu'elles touchent une rente du 2^e pilier, celle-ci est en moyenne moitié moins élevée que celle des hommes.

> Suite à la page 11



Photo: USS

> Suite de la page 10

- Les rentes sont déjà terriblement basses: la moitié des personnes qui sont parties à la retraite en 2017 doivent s'en sortir avec moins de 3600 francs par mois (rentes AVS et LPP).

Une 13^e rente AVS devient nécessaire, tout comme l'est le 13^e salaire perçu par une bonne partie des salarié(e)s. L'initiative est une première étape vers des rentes qui garantissent le niveau d'existence. Une personne qui a travaillé toute sa vie doit pouvoir vivre de sa rente: c'est ce que stipule la Constitution fédérale depuis près de 50 ans. Les femmes sont tout particulièrement tributaires d'une AVS performante. C'est d'ailleurs la seule assurance sociale qui prend en compte, dans le calcul de la rente, le travail de soins et d'assistance non rémunéré, principalement effectué par les femmes.

Les personnes avec revenu bas et moyen profitent

Cette initiative est simple, mais elle

fait mouche: elle demande le versement d'une rente de vieillesse supplémentaire, du même montant que la rente AVS perçue chaque mois. Cela correspond à une augmentation de la rente de 8,33%. En raison du caractère compensatoire de l'AVS, ce sont les bas et moyens revenus qui en profitent le plus. En guise d'exemple, une famille composée d'un conducteur de tram, d'une vendeuse à la Coop à temps partiel et d'un enfant toucherait grâce à l'initiative 300 francs de plus par mois en rente AVS. L'initiative prévoit en outre que les bénéficiaires de prestations complémentaires profitent également de la 13^e rente.

Les délégué(e)s de l'USS ont par ailleurs décidé que les bénéficiaires de la Banque nationale suisse doivent être mis à contribution pour financer l'AVS. Il s'agira d'œuvrer au Parlement afin de rallier des majorités en faveur de cette idée. Si la voie parlementaire devait échouer, l'USS examinera le lancement éventuel d'une initiative sur ce sujet.

PROTECTION DU CLIMAT

(USS) Les délégué(e)s de l'USS ont eu un débat sur le changement climatique lors de leur assemblée du 15 novembre 2019. Ils ont adopté une résolution dans laquelle ils expriment clairement leur soutien au mouvement pour le climat. Techniquement et économiquement, une Suisse climatiquement neutre est réalisable et offre aussi de grandes opportunités. Les délégué(e)s soulignent dans ce texte que des mesures socialement tolérables sont nécessaires. Compte tenu de la hausse des coûts de la santé et du logement, les taxes supplémentaires devront être intégralement redistribuées. Et la Confédération devra financer les éventuels programmes d'encouragement avec ses ressources générales. Pour l'Union syndicale, le tournant énergétique et la protection du climat doivent surtout aller de pair avec un accroissement des investissements, notamment dans la production d'électricité ou les transports publics. Et avec un service public fort.

Les syndicats s'emploieront à nouer ou poursuivre des contacts au niveau local avec les collectifs engagés pour le climat afin de discuter des possibilités de mobilisation commune, fondées également sur des revendications pour le monde du travail. Les fédérations membres sont appelées à envisager le 15 mai 2020 une heure de grève ou d'action durant le temps de travail. L'USS poursuivra son engagement constant en faveur d'une reconversion écologique rapide de l'économie suisse qui profite à l'ensemble des travailleurs et à toute la population.

Votation du 20 février 2020

OUI À DAVANTAGE DE LOGEMENTS ABORDABLES!

En collaboration avec les Coopératives d'habitation Suisse, l'Union syndicale suisse (USS), le PS Suisse et les Verts, l'Association suisse des locataires et locataires a lancé en 2015 l'initiative fédérale «Davantage de logements abordables». Elle a été déposée le 18 octobre 2016, six mois avant la fin du délai pour la récolte, munie de 105 000 signatures valables. L'initiative sera soumise au peuple le 9 février 2020.

Au même titre que la nourriture, l'eau, les vêtements et l'air pur, le logement est l'un des besoins humains de base. La politique doit donc veiller à ce que chaque personne en Suisse dispose d'un logement adéquat et abordable. Cela figure aujourd'hui déjà dans la Constitution fédérale, qui exige que «toute personne en quête d'un logement puisse trouver, pour elle-même et sa famille, un logement approprié à des conditions supportables». L'initiative met enfin en œuvre ce mandat constitutionnel.

Besoin d'action

En Suisse, cela fait des années que les loyers augmentent; les villes et

agglomérations sont particulièrement touchées. Il est encore très difficile pour la plupart des personnes en quête d'un logement d'en trouver un à prix abordable. Une bonne offre de logements nécessiterait un plus grand nombre de logements d'utilité publique non soumis à la spéculation. Le Conseil fédéral a reconnu à plusieurs reprises que des mesures s'imposent, mais il n'agit pas. L'initiative «Davantage de logements

abordables» contraint la Confédération à devenir active dans la politique du logement, et à enfin mettre en œuvre son mandat constitutionnel. L'article 108 de la Constitution fédérale oblige la Confédération à promouvoir le logement abordable. De plus, l'article 41 de la Constitution fédérale exige de la Confédération et des cantons qu'ils veillent à ce que «toute personne en quête d'un logement puisse trouver, pour elle-même et

sa famille, un logement approprié à des conditions supportables».

Mesures concrètes

Aujourd'hui déjà, la Confédération peut promouvoir la construction de logements d'utilité publique par des prêts à faible taux d'intérêt et des cautionnements pour les coopératives d'habitation. Malheureusement, cela ne suffit pas pour augmenter la part du logement d'utilité publique, qui au niveau suisse ne représente que 5%. Pour cette raison, la Confédération doit s'engager plus fortement en faveur de davantage de logements abordables et d'utilité publique. Concrètement, l'initiative propose:

- La Confédération et les cantons doivent veiller ensemble à ce qu'au moins 10% des nouveaux logements construits en Suisse soient d'utilité publique.
- Les communes et les cantons doivent disposer d'un droit de préemption pour les terrains adéquats, afin de les mettre à disposition pour la construction de logements d'utilité publique.



Photo: AdobeStock

Suite à la page 12 >

> Suite de la page 11

mensonge. Nous devons économi-
La Confédération, et les entre-
prises qui lui sont liées comme
les CFF, doivent d'abord proposer
leurs terrains à la vente aux com-
munes et aux cantons.

- Les subventions publiques, par exemple pour des rénovations énergétiques, ne peuvent être versées que si elles n'entraînent pas la perte de logements abordables.
- La Confédération et les cantons peuvent aussi utiliser les instruments de l'aménagement du territoire pour promouvoir la construction de logements d'utilité publique.

Faibles coûts, rendements élevés

Lorsque les communes ou les cantons achètent des terrains, cela nécessite des ressources financières, mais si ces terrains sont ensuite transférés à des promoteurs de logements d'utilité publique comme

le prévoit le droit de superficie, les revenus reviennent chaque année sous la forme de rentes du droit de superficie. L'aide financière du secteur public sous forme de prêts à faible taux d'intérêt ou de cautionnements ne coûte que peu, voir rien, au secteur public.

Les investissements dans le logement d'utilité publique valent la peine pour tout le monde. Grâce à des loyers plus bas, à un bénévolat marqué et à des offres sociales internes aux coopératives, les cantons et les communes sont massivement déchargés au niveau de l'aide sociale. En fin de compte, cela profite aux contribuables. Souvent, les coopératives offrent aussi des infrastructures de quartier pouvant être utilisées par l'ensemble du quartier (salles communes, crèches, jardins d'enfants, tables de midi, etc.).

Pour toutes ces raisons, Garanto soutient l'initiative «Davantage de logements abordables» et recommande le OUI lors de la votation du 9 février 2020.



le climat sont justifiées, mais l'initiative de résiliation de l'UDC sera soumise au vote deux jours après la journée de grève climatique prévue le 15 mai 2020. Pour la contrer, notre engagement à tous est nécessaire.

Le dilemme est grand. La protection du climat et la transition énergétique ne doivent pas être reportées. Mais prétendre qu'il est possible d'y parvenir à bas coûts et sans changements drastiques dans notre vie quotidienne est un mensonge. Nous devons économiser l'énergie et nous passer de la consommer chaque fois que possible. Mais la marge de manœuvre est faible pour les personnes à bas

revenu. C'est précisément là que les syndicats doivent être responsables: tout renchérissement de l'énergie sous forme de taxes doit être restitué à la population. Et le personnel qui a pour seul choix d'utiliser la voiture ne doit pas être amendé. Les conditions de travail doivent être respectueuses du climat! Cela s'applique principalement aux secteurs employant de la main-d'œuvre à l'extérieur.

Une transition énergétique sociale et une protection du climat ménageant les bas salaires sont les garde-fous politiques syndicaux du futur.

Dore Heim, Secrétaire centrale de l'USS

PROTECTION DU CLIMAT: PARLONS FRANCHEMENT

Le Conseil fédéral veut une Suisse climatiquement neutre d'ici 2050. Lors des élections fédérales du 20 octobre 2019, les Verts et les Verts libéraux ont remporté une victoire éclatante. Le traitement de la loi sur le CO₂ prend un nouveau virage: les valeurs d'émission des chauffages à énergie fossile doivent diminuer à partir de 2023, un fonds pour le climat doit assurer le financement à long terme de la rénovation des bâtiments, et une taxe sur les billets d'avion doit renchérir les vols.

Après le succès de la manifestation du 28 septembre 2019, la jeunesse pour le climat souhaite organiser une «grève pour l'avenir» (Strike for Future) le 15 mai 2020; les jeunes femmes du mouvement espèrent organiser une journée similaire à la grève des femmes. L'aide des syndicats a été sollicitée.

Il est vrai que le climat change à un rythme alarmant, et que les températures augmentent plus vite en Suisse que dans les pays ayant une mer ou un océan. La situation s'aggrave à cause de notre topo-

graphie: glissement de villages, rails et routes ensevelis. Qui croit que la Suisse échappe aux émissions de CO₂ grâce à sa production électrique basée sur l'énergie hydraulique et nucléaire se trompe: à cause des marchandises importées, l'empreinte carbone de la Suisse est plus de deux fois supérieure à la moyenne mondiale.

Il faut agir. Les syndicats aussi, dont les membres font la douloureuse expérience des jours de canicule de plus en plus fréquents, que ce soit sur les chantiers de construction, dans le secteur des soins, sur les rails et aux frontières. La protection du climat ne peut pas être reportée davantage. Nous sommes confrontés à de nombreuses questions gênantes que nous ne pouvons pas esquiver:

Les rénovations de bâtiments sont nécessaires, mais elles renchérissent les loyers. Les transports étant l'une des principales sources d'émissions, les prix des carburants doivent augmenter. Mais dans les régions périphériques et pour le travail par quarts, les gens dépendent de l'automobile. Les revendications de la jeunesse pour

La prochaine édition de «Garanto» paraîtra le 28 février 2020.

Convocations

SECTION ROMANDIE

**Assemblée générale:
24 janvier 2020**

à la Brasserie Montbrillant (gare Cornavin), Genève, à 19 h 00

Notre Assemblée générale (AG) ordinaire se déroulera le vendredi 24 janvier 2020 à 19 h 00, afin de garantir la venue d'un maximum de personnes; l'information vous parviendra par e-mail et sera publiée dans le prochain journal.

Ordre du jour

1. Ouverture de l'AG
2. Approbation du procès-verbal de la dernière AG
3. Lecture des différents rapports:
 - rapport du président
 - rapport du caissier
 - rapport des mutations
4. Assemblée des délégués 2020:
 - propositions

– délégation de la section Romandie

5. Divers

Après l'AG, la section vous offrira un petit repas en fin de séance (il est important de vous inscrire afin de mieux anticiper les réservations).

Délai pour les propositions à l'attention de l'AG, resp. Assemblée des délégués: **le 15.1.2020**; **délai des inscriptions pour l'AG: au plus tard le 10.1.2020 via le doodle en annexe** <https://doodle.com/poll/mg7cf4rhx9hr5dag> au besoin à l'adresse suivante: simonnet@garanto.ch ou par téléphone 078 804 85 35.

Le PV de l'AG de 2019 ne sera pas lu lors de l'AG. Il peut être demandé par e-mail auprès de: romandie@garanto.ch ou par poste: Garanto Section Romandie, c/o Florent Simonnet, 6, ch. de la Mousse, 1225 Chêne-Bourg.

garanto

Die Zeitung der Gewerkschaft des Zoll- und Grenzschutzpersonals

Le journal du syndicat du personnel de la douane et des gardes-frontière

Il giornale del sindacato del personale delle dogane e delle guardie di confine

Foto: AFD



Garanto prende posizione sul processo di trasformazione dell'AFD

ANCHE IN FUTURO DOVRÀ ESSERE POSSIBILE FORNIRE UN LAVORO DI QUALITÀ SENZA ARMI

Premessa

Le dichiarazioni si fondano sulla strategia di controllo emanata nell'agosto 2018 e sul documento di discussione elaborato dal Consiglio federale e reso pubblico a fine aprile in occasione di una conferenza stampa.

Introduzione

1 Sorprende che si voglia rafforzare la funzione di sicurezza e controllo ma non la «salvaguardia delle entrate della Confederazione». Ci chiediamo perché quest'ultima non sia stata

inserita nei principi strategici dell'AFD.

2 Consideriamo particolarmente problematici due dei principi strategici:

- Vogliamo figurare tra le migliori unità amministrative della Svizzera.

Garanto respinge la concorrenza con i corpi cantonali di polizia, la SEM, fedpol e altre unità amministrative perché non sarebbe costruttiva.

- Pensiamo per varianti e siamo disposti a tenere in linea di

conto anche dei rischi nell'ambito della soluzione scelta.

L'AFD prende consapevolmente in considerazione dei rischi nell'ambito della scelta delle possibili soluzioni. Questo modo di intendere la conduzione si ripercuote tra l'altro sulla strategia di controllo. Apparentemente i responsabili vogliono concentrare le risorse di personale nell'ambito della sicurezza mentre per quanto riguarda i compiti fiscali il focus è sull'automatizzazione, ma questo è fattibile?

UNA QUESTIONE DI EQUITÀ

È come un rituale: ogni anno, durante i negoziati salariali cerchiamo di ottenere un aumento per il personale dell'AFD e ogni anno il datore di lavoro (Consiglio federale, Consiglio nazionale e Consiglio degli Stati) si oppone. Quest'anno abbiamo chiesto un aumento di 2400 franchi per ogni dipendente. Invece di un aumento percentuale, volevamo un importo fisso che sarebbe andato a beneficio in particolare dei salari medio-bassi. Negli ultimi anni abbiamo sostenuto i risultati di compromesso che hanno ampliato il divario tra «ricchi» e «poveri». Con l'aumento percentuale, infatti, le classi più basse percepiscono un aumento ridotto e più si sale di classe, più l'aumento risulta consistente. Tuttavia, il costo della vita e le spese assicurative sono uguali per tutti. Per questo urge un cambiamento di paradigma nell'ambito dei negoziati salariali e introdurre un aumento fisso per tutti a prescindere dall'importo del salario annuale.

È solo una questione di equità: l'aumento fisso permetterebbe di fermare il crescente divario salariale e di garantire un'evoluzione salariale più equa per tutti. In questo senso dobbiamo diventare più coraggiosi. Dobbiamo abbandonare gli aumenti percentuali e lottare per importi fissi.

Anche nel 2019 il consigliere federale Ueli Maurer ha avuto scarsa disponibilità o non ne ha avuta affatto nei confronti del personale. Da anni la Confederazione accumula utili miliardari che vengono depositati su conti senza che il personale che ha contribuito a questo successo ne possa in alcun modo beneficiare. È tempo di ricevere la nostra fetta di torta poiché è frutto del nostro lavoro.

Bernd Talg, vicepresidente Garanto

Segue alla pagina 14 >

> Segue dalla pagina 13

1. In generale

3 Ci sono problemi centrali che non sono ancora stati risolti o che presentano un potenziale di miglioramento. Il nuovo direttore dell'AFD lo ha riconosciuto rapidamente. Con il programma DaziT, non mira solo alla soluzione dei problemi informatici ma piuttosto a una digitalizzazione completa con una nuova strategia di controllo. Il consiglio di direzione dell'AFD spera così di garantire una «sicurezza globale per la popolazione, l'economia e lo Stato». Ma la nuova strategia di controllo saprà soddisfare questa ambiziosa esigenza?

2. Da autorità fiscale a autorità di controllo

4 I compiti doganali classici e il regime standardizzato sono brutalmente svalorizzati: apparentemente per fissare i dazi, calcolare l'imposta sul valore aggiunto al confine o applicare i disposti di natura non doganale non serve più il personale doganale visto che i «clienti sbrigano le formalità autonomamente e senza l'assistenza del personale doganale». Il cliente sbriga direttamente le formalità grazie a sistemi informatici all'avanguardia. Il termine formalità è equiparato al termine procedura di immissione? Un processo complesso e giuridicamente vincolante viene presentato come una semplice formalità?

5 Invece di aiutare, se necessario personalmente, gli assoggettati all'obbligo doganale a dichiarare le merci commerciabili, i responsabili dell'AFD stravolgono la procedura attuale e introducono un sistema di controlli posticipati a più livelli. Il consiglio di direzione si rende conto che questa soluzione richiede molte risorse di personale? E che dire della sua efficienza?

6 Se la strategia di controllo viene attuata e la dogana «senza sportello» diventa realtà, temiamo un massiccio aumento della quota d'errore nelle procedure automatizzate e una diminuzione delle entrate. Si tratta di fatto di uno smantellamento aberrante del servizio pubblico. Se tutti si preoccupano della sicurezza e lavorano sul terreno, mancherà il personale nel backoffice. Il supporto intensivo viene a mancare.

Temiamo inoltre un danno per l'economia sotto forma di costi supplementari, assenza di interlocutori e sostegno in generale.

3. Fusione tra dogana e Cgcf

7 Garanto accoglie in linea di massima positivamente l'intenzione di unire le due anime dell'AFD anche per ragioni di sicurezza. Molti collaboratori della carriera civile dichiarano di vivere situazioni di minaccia e di lavorare in luoghi non sicuri.

8 La fusione pone tuttavia una sfida particolare. Si tratta di unire due culture profondamente diverse, un approccio militare e uno civile. Le due anime vantano oltre un secolo di storia contrassegnato da meccanismi di distinzione reciproca come conferma l'assoggettamento del Cgcf al Codice penale militare. In linea di principio accogliamo favorevolmente la fusione ma auspichiamo l'assoggettamento al Codice penale civile. In generale ci chiediamo come un esperto di fiscalità possa trasformarsi in un agente di sicurezza.

9 Armare una parte del futuro personale è un'ulteriore sfida. Il personale attuale non può essere messo sotto pressione. Deve restare possibile fornire un lavoro di qualità senz'arma.

4. Profili professionali e formazione

10 L'idea di una formazione di base comune non è nuova. La profonda riorganizzazione della formazione e la «riqualifica» del personale attuale è una sfida immane. Per garantire una formazione orientata al futuro, Garanto ritiene già oggi fondamentale che la formazione di base includa una formazione esaustiva nel campo della sicurezza.

11 Vi è tuttavia il pericolo che l'armonizzazione delle filiere formative porti a un livellamento verso il basso. Ciò va assolutamente evitato.

5. Costi elevati

12 I costi per il rinnovamento totale delle tecnologie dell'informazione e della comunicazione sono stimati a 393 milioni di franchi. I costi supplementari per la nuova AFD, o meglio UDSC, non sono ancora quantificabili. Alla luce del deterioramento delle prospettive

congiunturali e finanziarie, Garanto teme un disastro.

6. Osservazione finale

13 La profonda trasformazione dell'organizzazione, della formazione e dell'orientamento strategico dell'AFD implica uno sforzo sovrumano. A ciò si aggiunge la revisione totale della legge sulle dogane, nuove

procedure con i rispettivi hardware e software. Tutto ciò con un effettivo privo di motivazione. Vi è il pericolo che l'armonizzazione della formazione comporti un livellamento verso il basso anche per quanto riguarda i salari.

Comitato centrale e presidenti sezionali di Garanto, 18 ottobre 2019



COMUNICATI STAMPA DELLA COMUNITÀ DI NEGOZIAZIONE DEL PERSONALE DELLA CONFEDERAZIONE (CNPC)

Aumento salariale dell'1% per il personale federale

La Comunità di negoziazione del personale della Confederazione (CNPC), composta da APC, Garanto, VPOD e personale fedpol, rappresenta la maggior parte dei dipendenti federali. Nel mese di novembre ha incontrato il ministro delle finanze Ueli Maurer nell'ambito dei negoziati salariali per il prossimo anno. La CNPC chiede misure salariali pari al 2%, ossia la compensazione del rincaro e un aumento reale degli stipendi di 200 franchi mensili.

Al termine di intense discussioni i partner sociali si sono accordati per una soluzione di compromesso:

– Aumento generale dei salari dell'1% (incluso il rincaro dello 0,5%)

Il consigliere federale non ha voluto entrare nel merito di un aumento in franchi.

Era dal 2014 che il personale federale non riceveva un aumento reale. Di fronte all'eccedenza di 2,5 miliardi di franchi è più che giustificato.

La CNPC e le altre associazioni del personale si adopereranno anche in futuro per i loro soci e si batteranno con il massimo impegno affinché l'Amministrazione federale rimanga un datore di lavoro moderno e interessante.

Un successo per le pari opportunità, il diritto a tornare alla percentuale lavorativa precedente

La Comunità di negoziazione del personale della Confederazione (CNPC), che con i sindacati APC, Garanto, VPOD e personale fedpol rappresenta la maggior parte dei dipendenti federali, dà una valutazione in chiaro-scuro delle novità apportate dal Consiglio federale al diritto in materia di personale.

Va invece considerata un successo per le pari opportunità la disposizione che concede ai genitori il diritto a tornare a lavorare alla percentuale precedente la nascita di un figlio. Il lavoro a tempo parziale è considerato in generale una soluzione che permette di conciliare l'attività professionale e la cura dei bambini. Ancora oggi sono soprattutto le mamme che riducono la loro percentuale lavorativa. Una scelta che molto spesso si ripercuote negativamente sulla carriera e sul salario e che difficilmente può essere corretta. Anche se lo affermano, i padri spesso non osano concretizzare il desiderio di partecipare maggiormente alla vita familiare dopo la nascita di un figlio per paura delle conseguenze a livello professionale. Per questi motivi e per il fatto che è l'unica soluzione per permettere alle donne di evitare le conseguenze negative della scelta di lavorare a lavoro a tempo parziale, la CNPC si è battuta a favore della possibilità di incrementare la percentuale lavorativa.

Dopo la nascita di un figlio i genitori non avranno quindi più solo il diritto di ridurre del 20% la loro percentuale lavorativa ma anche quello di aumentarla di nuovo entro tre anni. Sebbene la CNPC auspicasse una soluzione più generosa, la decisione del Consiglio federale segna una tappa importante per la parità di genere nella politica del personale, con piena soddisfazione delle associazioni del personale.

La CNPC è convinta che questa nuova disposizione incoraggerà soprattutto i giovani padri a osare il passo e a ridurre la percentuale lavorativa per impegnarsi di più nell'ambito familiare. Solo se i padri hanno la stessa disponibilità delle madri, la maternità non sarà più un cappio.

PUBLICA, RESPINTA LA PROPOSTA RIGUARDANTE LA COMPENSAZIONE DEL RINCARO



Foto: Shutterstock

Nella seduta del 19 novembre 2019 l'Organo paritetico della Cassa di previdenza della Confederazione (OPC) ha discusso e bocciato la proposta della sezione Romandia, presentata all'ultimo congresso, che chiede alla Comunità di negoziazione del personale della Confederazione di adoperarsi per la compensazione del rincaro o il versamento di un'indennità unica.

Per statuto, la cassa pensioni Pubblica è tenuta a adeguare le rendite corrisposte se il grado di copertura raggiunge il 115%. Attualmente il grado di copertura è del 103,8% (stato 18.11.2019).

Bernd Talg, membro dell'OPC e

vicepresidente, ha proposto in alternativa il versamento di un'indennità unica. L'importo deve tuttavia passare dal Consiglio federale e dal Parlamento.

Bernd Talg si è detto deluso: «I nostri pensionati si ritrovano una volta di più con un pugno di mosche ma noi non ci arrendiamo.»

Garanto incaricherà quindi un parlamentare di presentare nell'ambito della discussione sul preventivo durante la sessione invernale un intervento per chiedere il versamento di un importo forfettario. Se la proposta verrà bocciata, Garanto si impegnerà per depositare tempestivamente un altro intervento in questo senso durante il dibattito sul preventivo 2021.

ELEZIONI 2019: BUONE PROSPETTIVE PER IL PERSONALE FEDERALE

Le elezioni dello scorso ottobre hanno riservato importanti sorprese: prime fra tutte la portata dell'onda verde e la mancata rielezione di politici affermati. Molti volti noti della politica federale non sono stati infatti riconfermati e hanno dovuto cedere il seggio a forze nuove, in particolare a giovani donne. Tra di essi anche Hans-Ulrich Bigler, direttore dell'Unione svizzera delle arti e mestieri, che si è contraddistinto per i feroci attacchi al personale federale, che hanno portato a costose esercitazioni burocratiche come la verifica del sistema salariale. Una bomba che gli è scoppiata tra le mani.

Queste elezioni segnano un risultato storico. «Mai dall'introduzione del sistema proporzionale nel 1919 si è registrato uno spostamento così marcato delle forze politiche. Inoltre, la sinistra non è mai stata così forte e non solo tenuto conto delle quote di elettori», ha osservato recentemente Michael Hermann dalle colonne del Tagesanzeiger.

Queste sono note liete anche per il personale federale. La nostra analisi di tre importanti interventi parlamentari depositati durante la passata legislatura lo conferma: PS, Verdi e PPD sono partiti affidabili e hanno una politica favorevole al personale federale. Questi tre gruppi rappresentano esattamente la metà dei parlamentari, al Consiglio degli Stati addirittura la chiara maggioranza. Il primo test che fungerà da cartina di tornasole attende il Parlamento già nella sessione invernale quando si tratterà di difendere l'aumento salariale dell'1% per tutti contro una proposta di tagli. Sono fiduciosa e credo che la nuova maggioranza approverà la proposta del Consiglio federale.

Heidi Rebsamen, segretaria centrale

UN PASSO VERSO UN'AVS CHE GARANTISCA IL MINIMO ESISTENZIALE

Il 15 novembre 2019 i delegati dell'Unione sindacale svizzera hanno approvato un'iniziativa che chiede la 13° mensilità per i beneficiari dell'AVS.

(USS) Al termine di acce di discussioni il centinaio di delegati ha deciso a larga maggioranza di lanciare in primavera un'iniziativa popolare per concedere la 13° mensilità ai beneficiari dell'AVS. «È una proposta concreta e facilmente attuabile per contrastare il calo delle rendite del secondo pilastro. Non chiediamo nulla di più di un passo verso la concretizzazione dell'obiettivo costituzionale secondo cui l'AVS deve garantire un livello di vita dignitoso», ha spiegato il presidente dell'USS Pierre-Yves Maillard. I delegati si sono detti convinti che sull'onda dello sciopero delle donne questa richiesta

possa raccogliere il consenso della maggioranza della popolazione. Come ha spiegato la segretaria centrale dell'USS, Gabriela Medici, un miglioramento delle rendite AVS è importante in particolare per le donne che troppo spesso non possono contare su una cas-

sa pensione. «Se non si rafforza il primo pilastro», ha aggiunto il capo economista Daniel Lampart, «assisteremo a una progressiva privatizzazione della previdenza di vecchiaia attraverso il terzo pilastro di cui beneficerebbero soltanto coloro che guadagnano di più e, attraverso

so le tasse elevate, le banche e le assicurazioni.»

Strumenti contro il calo delle rendite

L'iniziativa è una risposta sindacale al problema delle rendite che si fa sempre più evidente:

- Le rendite delle casse pensioni sono in calo da anni, sebbene la popolazione attiva versi contributi sempre più elevati.
- La situazione è particolarmente critica per le donne: sempre che la ricevano, la loro pensione è in media la metà di quella degli uomini.
- Le rendite sono già molto basse: la metà di coloro che sono andati in pensione nel 2017 devono sbarcare il lunario con meno di 3600 franchi al mese (AVS e pensione insieme).

Segue alla pagina 16 >



Foto: USS

> Segue dalla pagina 15

Ecco perché serve una 13° mensilità per i beneficiari di una rendita AVS. L'iniziativa va intesa come un primo passo verso una rendita che garantisca un livello di esistenza decoroso. Una persona che ha lavorato tutta la vita deve poter vivere della propria rendita, come prevede del resto la Costituzione federale da quasi 50 anni. In particolare le donne hanno bisogno di una buona AVS, l'unica assicurazione sociale che tiene conto del lavoro non remunerato di cura della casa e assistenza alla famiglia.

A vantaggio dei redditi medio-bassi

L'idea su cui poggia l'iniziativa è semplice ma efficace. Chiede che ai beneficiari venga versata una rendita AVS supplementare di pari importo rispetto a quella normalmente percepita ogni mese. Ciò corrisponderebbe a un aumento

delle prestazioni di vecchiaia pari all'8,33% e, vista la natura compensativa dell'AVS, ad approfittarne sarebbero soprattutto i lavoratori con redditi medio-bassi. Per la famiglia, ad esempio di un conducente di tram e una commessa che lavora a tempo parziale con un bambino, l'iniziativa garantirebbe un aumento delle rendite di 300 franchi al mese. Il progetto prevede che la tredicesima sia garantita anche ai beneficiari di prestazioni complementari.

Secondo i delegati dell'USS gli utili della Banca nazionale svizzera dovranno inoltre essere utilizzati per contribuire ad assicurare il finanziamento dell'AVS. Bisognerà lavorare per costituire una maggioranza in Parlamento a favore di questa idea. Se il percorso parlamentare dovesse fallire, l'USS prenderà in considerazione l'eventualità di lanciare un'iniziativa anche su questo tema.

PER UNA SVIZZERA CLIMA-NEUTRALE

(USS) L'Assemblea dei delegati dell'USS, svoltasi il 15 novembre 2019, si è occupata anche di cambiamenti climatici. In una risoluzione i delegati si sono espressi chiaramente a favore di una partecipazione sindacale ai movimenti per la protezione del clima. Una Svizzera clima-neutrale è un obiettivo tecnologicamente ed economicamente raggiungibile e offre grandi opportunità. I delegati hanno inoltre ribadito la necessità di adottare misure socialmente sostenibili. Di fronte al costante aumento dei costi della salute e delle abitazioni, ulteriori tasse dovrebbero essere interamente ridistribuite e i programmi di promozione andrebbero finanziati con fondi generali della Confederazione. Per l'Unione sindacale svizzera bisogna investire di più nella svolta energetica e nella protezione del clima, in particolare nella produzione di energia o nei trasporti pubblici. Serve inoltre un servizio pubblico forte.

I sindacati prenderanno contatto a livello locale con i gruppi che si battono in difesa del clima per discutere insieme possibili forme di mobilitazione anche sulla base di un catalogo di rivendicazioni sindacali. Per iniziare, il 15 maggio 2020 i soci sono chiamati a organizzare uno sciopero di un'ora o un'azione di altro tipo sul posto di lavoro. L'USS si batterà anche in futuro per una riforma ecologica dell'economia svizzera a vantaggio di tutti i lavoratori e dell'intera popolazione.

Votazione del 20 febbraio 2020

SÌ A PIÙ ABITAZIONI A PREZZI ACCESSIBILI!

L'Associazione Svizzera Inquilini in collaborazione con la Federazione Cooperative d'abitazione svizzera, l'Unione sindacale svizzera, il PS e i Verdi ha lanciato nel 2015 l'iniziativa «Più abitazioni a prezzi accessibili». L'ha depositata corredata di 105.000 firme valide il 18 ottobre 2016, sei mesi prima della scadenza del termine per la raccolta delle firme. Il 9 febbraio 2020 popolo e Cantoni sono chiamati alle urne per esprimersi in merito.

Un'abitazione fa parte dei bisogni primari dell'essere umano come il cibo, l'acqua, i vestiti e l'aria pulita. La politica deve quindi provvedere affinché tutte le persone in Svizzera dispongano di un alloggio adeguato a prezzi accessibili. Lo prevede del resto anche la Costituzione federale secondo cui ognuno deve poter trovare, per sé stesso e per la sua famiglia, un'abitazione adeguata a condizioni sopportabili. L'iniziativa non fa altro che applicare questo mandato costituzionale.

Necessità d'intervento

Da anni in Svizzera si osserva un aumento delle pigioni soprattutto nelle città e negli agglomerati. Per la maggior parte delle persone in

cerca di un alloggio è tuttora difficile trovare un'abitazione a prezzi accessibili. Per garantire una buona situazione abitativa, servono più alloggi di utilità pubblica non soggetti a speculazioni. Sebbene il Consiglio federale abbia più volte ribadito la necessità di intervenire, finora non ha adottato nessuna misura. L'iniziativa «Più abitazioni a prezzi accessibili» obbliga la Confederazione ad attivarsi sul

fronte della politica abitativa e ad attuare finalmente il mandato affidatole dalla Costituzione. A tenore dell'articolo 108 la Confederazione deve promuovere le abitazioni a prezzi contenuti mentre l'articolo 41 impone alla Confederazione e ai Cantoni di adoperarsi affinché «ognuno possa trovare, per sé stesso e per la sua famiglia, un'abitazione adeguata a condizioni sopportabili».

Misure concrete

La Confederazione può promuovere la costruzione di abitazioni di pubblica utilità con prestiti a tasso agevolato e garanzie per cooperative d'abitazione. Ciò non è però sufficiente per incrementare la loro quota che, a livello svizzero, si attesta appena al 5%. La Confederazione deve quindi impegnarsi di più. In concreto l'iniziativa chiede quanto segue:

- La Confederazione e i Cantoni provvedono affinché almeno il 10% delle abitazioni di nuova edificazione in tutta la Svizzera siano di pubblica utilità.
- I Comuni e i Cantoni hanno un diritto di prelazione su fondi idonei per la costruzione di abitazioni di pubblica utilità.
- La Confederazione e le aziende vicine alla Confederazione, ad esempio le FFS, devono offrire i loro terreni dapprima ai Comuni e ai Cantoni.
- I contributi pubblici destinati ad esempio al risanamento energetico degli edifici possono essere versati solo se non comportano la perdita di abitazioni a pigione moderata.

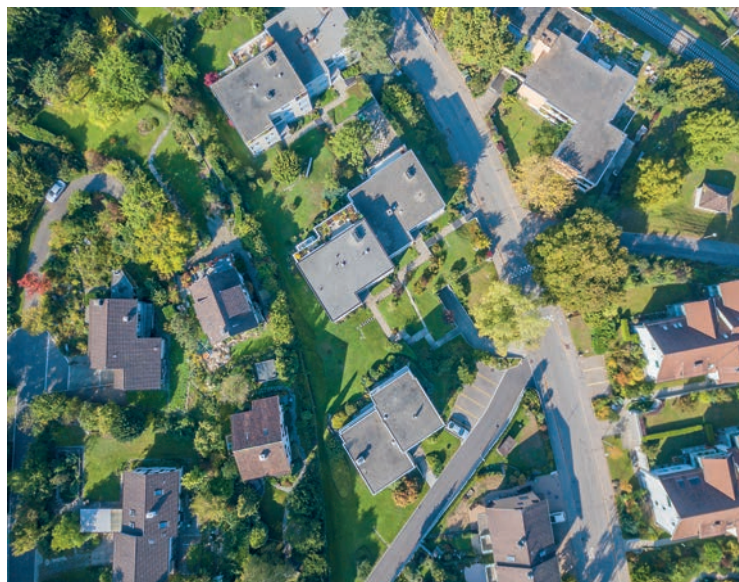


Foto: AdobeStock

Segue alla pagina 17 >

> Segue dalla pagina 16

- La Confederazione e i Cantoni possono promuovere la costruzione di abitazioni di pubblica utilità con strumenti di pianificazione del territorio.

Meno costi, più utile

Anche i Comuni o i Cantoni devono spendere se vogliono acquistare un terreno, ma percepiscono entrate annue sotto forma di interessi se questo terreno viene ceduto come previsto dal diritto edilizio a enti dediti alla costruzione di abitazioni a scopi di utilità pubblica. I contributi pubblici sotto forma di prestiti a tasso agevolato o garanzie costano poco o nulla allo Stato.

Investire nella costruzione di alloggi di pubblica utilità va a vantaggio di tutti. Grazie agli affitti moderati, al lavoro di volontariato e alle offerte sociali interne alla cooperativa, i Cantoni e i Comuni avranno molte meno spese a livello di aiuti sociali con buona soddisfazione dei contribuenti. Inoltre, le cooperative offrono spesso strutture di quartiere di cui può beneficiare l'intera città (spazi comuni, asili nido, mense ecc.).

Per tutte queste ragioni Garanto appoggia l'iniziativa «Più abitazioni a prezzi accessibili» e raccomanda di votare sì il 9 febbraio 2020.



Foto: Adrian Pasquinelli

PROTEZIONE CLIMATICA: BISOGNA PARLARE CHIARO

Il Consiglio federale vuole una Svizzera clima-neutrale entro il 2050. Dopo la netta vittoria di verdi e verdi-liberali alle elezioni federali del 20 ottobre 2019, la discussione sulla legge sul CO₂ ha ripreso vigore: a partire dal 2023 i valori delle emissioni provocate dai sistemi di riscaldamento a combustibili fossili saranno più severi, un fondo per il clima dovrebbe permettere di finanziare il risanamento degli edifici e una tassa sui biglietti aerei renderà i voli meno interessanti.

Visto il successo ottenuto con la manifestazione del 28 settembre 2019, il movimento di lotta al cambiamento climatico «Strike for Future» vuole organizzare per il 15 maggio 2020 uno sciopero a livello nazionale sul modello di quello indetto dalle donne in giugno e ha chiesto l'appoggio dei sindacati.

È un dato di fatto che il clima sta cambiando molto in fretta. In Svizzera le temperature aumentano in modo più marcato e preoccupante rispetto ai paesi che si affacciano sul mare. La topografia crea una situazione particolarmente critica: villaggi che si muovono, strade e linee ferroviarie travolte. Chi crede che grazie alla produzione idroelettrica e atomica possiamo presentare un buon bilancio sul fronte delle emissioni di CO₂ si sbaglia: l'impronta ecologica della Svizzera supera di due volte quella

della media mondiale a causa delle importazioni.

Anche noi sindacati dobbiamo fare qualcosa visto che le giornate di canicola sono molto pesanti per i nostri soci sui cantieri, nella sanità, sui binari e al confine. Il tema della protezione del clima non può essere rinviato alle calende greche. Volenti o nolenti siamo confrontati con una lunga serie di domande scomode che non possiamo ignorare:

Nel settore degli edifici sono necessari risanamenti che faranno rincarare gli affitti. Bisogna aumentare il prezzo del carburante visto che il traffico è una delle principali fonti di emissioni ma chi vive nelle regioni periferiche o lavora a turni non può fare a meno della macchina. Le rivendicazioni dei giovani sono giustificate ma due giorni dopo il previsto sciopero per il clima andremo a votare sull'iniziativa UDC contro i bilaterali. Per respingerla serve l'impegno di tutti.

Il dilemma è profondo. La protezione del clima e la svolta energetica non possono più essere rimandate. Chi tuttavia sostiene che i costi saranno contenuti e che i cambiamenti non saranno incisivi è un venditore di fumo. Dobbiamo risparmiare energia e dobbiamo rinunciare per quanto possibile al consumo di energia. Lo spazio di manovra per coloro che percepiscono un salario ridotto è tuttavia esiguo. Qui i sindacati sono chia-

mati a intervenire: ogni rincaro dell'energia sotto forma di tasse deve essere restituito alla popolazione. I lavoratori che non hanno un'alternativa alla macchina non devono essere penalizzati. Le condizioni di lavoro devono diventare sostenibili dal punto di vista cli-

matico. Ciò vale prima di tutto per i settori in cui si lavora all'aperto.

Una svolta energetica sociale e una protezione del clima che tutelino i ceti bassi, questi sono i pilastri della politica sindacale del futuro.

Dore Heim, segretaria centrale USS

La prossima edizione di «Garanto» uscirà il 28 febbraio 2020.

Convocazioni

SEZIONE TICINO

Assemblea Ordinaria 2020

Gentili colleghe, stimati colleghi
Ho il piacere d'invitarvi all'Assemblea ordinaria 2020 che si svolgerà **venerdì 31 gennaio 2020**, presso la sala «Bettex» presso il nuovo centro polivalente «I Cuntitt» ore **18.30 a Castel San Pietro**.

Il nuovo centro, adiacente al Municipio, **NON** dispone di parcheggi pubblici, per cui vi invito a volere usufruire dei parcheggi del centro scolastico, del cimitero oppure di centro paese! Grazie.

Ordine del giorno

1. Apertura dell'Assemblea ordinaria
2. Approvazione consuntivo 2019 – preventivo 2020
3. Relazione presidenziale

4. Nomine statutarie
5. votazione delegati e proposte Congresso
6. Interventi – dibattito
7. Eventuali – comunicazioni
8. Chiusura dell'Assemblea ordinaria

Gradita ospite l'autorità comunale con l'intervento del Sindaco **Alessia Ponti!**

Durante l'assemblea è previsto un ampio momento dedicato al dibattito, dove i partecipanti avranno l'opportunità di discutere di qualsiasi tematica di attualità con la dirigenza del nostro sindacato.

Al termine dell'Assemblea verrà offerto un ricco aperitivo!

Vi aspettiamo numerosi!

*Roberto Messina
Presidente della sezione Ticino*

Garanto wünscht allen

★ **Frohe Festtage** ★

Garanto souhaite à toutes et tous un

★ **Joyeux Noël** ★

Garanto augura a tutti

★ **Buon Natale** ★



Foto: Unsplash via Pinterest

Haller + Jenzer AG

Druckzentrum
3401 Burgdorf

Telefon 034 420 13 13
www.haller-jenzer.ch



WIR DANKEN FÜR DIE GUTE ZUSAMMENARBEIT UND
WÜNSCHEN EIN ERFOLGREICHES NEUES JAHR!

NOUS VOUS REMERCIONS DE VOTRE BONNE
COLLABORATION ET VOUS SOUHAITONS PLEIN SUCCÈS
POUR LA NOUVELLE ANNÉE!

VI RINGRAZIAMO DELLA VOSTRA BUONA COLLABORAZIONE
E VI AUGURIAMO TANTO SUCCESSO PER L'ANNO NUOVO!

Mitgliederpost

Unwürdiges Spiegelbild

Es geht nicht anders – kopfschüttelnd greife ich, Till Eulenspiegel, in die Tasten. Warum?

In der Verwaltung herrscht der Oberzolldirektor, der sich über alles stellt! Er nimmt sich das Recht heraus, seine Angestellten bei den Nationalräten schlecht und unqualifiziert darzustellen. Und das schon frühmorgens, beim Morgenkaffee mit Parlamentariern. Ein Vögelchen hat mir das gezwitschert.

Ich hoffe, dass ihm der Kaffee trotzdem geschmeckt und er sich nicht daran verschluckt hat.

Dieser Umstand der «Nicht-Solidarität» ärgert mich und ich muss solchen Menschen den Spiegel vors Gesicht halten.

Eine Umfrage der Gewerkschaft bescheinigt dem Herrn Oberzolldirektor kaum vorhandene Sozialkompetenz. Ist ihm dieser kleine Rest jetzt auch noch abhandengekommen? Solche Verunglimpfungen gehören sich nicht für einen Chef!

Diese Umfrage hat gezeigt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Zoll nichts gegen Veränderungen haben und offen

dafür sind. Sie möchten aber wie Menschen behandelt werden und fordern den nötigen Respekt. Vielleicht vergisst der Oberzolldirektor, dass genau diese Mitarbeitenden rund 24 Milliarden Franken für die Bundeskasse einnehmen. Somit wird rund ein Drittel der Einnahmen des Bundes durch die Zollverwaltung erwirtschaftet.

Nun zu der Umfrage und der Reaktion des Oberzolldirektors. Nachdem ein Journalist bei ihm eine Stellungnahme zu den Umfrageresultaten erfragte, konnte er sich nicht mehr zurückhalten. Massiv griff der Oberzolldirektor kurz darauf ein Mitglied der Gewerkschaft persönlich und massiv an und sagte, er könne die Gewerkschaft nicht mehr ernst nehmen.

Da stellt sich mir doch die Frage: «Können **wir** den Oberzolldirektor ernst nehmen?» Intern munkelt man, dass die andere Bundesverwaltung erleichtert war, als er den Chefposten verlassen hat! – Oder geschah dies sogar auf sanften Druck?

Herr Oberzolldirektor, die Mitarbeitenden der Verwaltung sind kein Wild, dass es zu jagen gilt. Es sind Menschen, die **mitarbeiten**

– und das sollte ein Chef doch zu schätzen wissen!

Wenn ein Journalist Fragen stellt, auch unangenehme, sollte auch ein Oberzolldirektor die Kompetenz haben, diese professionell zu beantworten, ohne nachher die Gewerkschaft anzugreifen.

Es gibt viele Weiterbildungsangebote für Führungskräfte, um die eigene Professionalität auszubauen oder an der Sozialkompetenz zu arbeiten.

Meiner Meinung nach fehlt diesem Chef beides. Denn bei ihm gilt nur eines: Seine Meinung, seine Visionen, und das sind seine Gesetze. In meiner Karriere als «Spiegelhalter» habe ich in der Verwaltung schon viele Vorgesetzte beobachten können. Wie aber hier mit den Mitarbeitenden umgegangen wird, ist unterste Schublade. Dieses Verhalten ist eines Oberzolldirektors unwürdig.

Ich wünsche allen ein gutes neues Jahr mit immer wieder viel Freude und Motivation. Unserem Oberzolldirektor wünsche ich speziell viele **gute und wohlüberlegte** Vorsätze!

In diesem Sinne

Till Eulenspiegel

Boîte aux lettres

Image reflet indigne

Il n'y a pas d'autre moyen: en secouant la tête, je me glisse dans la peau de Till l'Espègle*. Pourquoi? Dans l'administration, le directeur général des douanes règne en se plaçant au-dessus de tout! Il prend la liberté de présenter son personnel de manière négative et comme des personnes peu qualifiées aux conseillers nationaux. Et cela dès les premières heures de la journée, lors d'un café avec des parlementaires, comme mon petit doigt me l'a dit.

Ce manque de loyauté m'énerve tellement que je dois tendre le miroir à ce genre de personnes.

Une enquête menée par le syndicat confirme que le directeur général des douanes n'a quasiment aucune compétence sociale. Les a-t-il désormais toutes perdues? Un chef n'a pas à dénigrer les autres de la sorte!

Cette enquête a montré que les employés et employées des douanes ne sont pas opposés au changement et y sont même ouverts. Mais ils veulent être traités comme des êtres humains et exigent un certain respect. Le directeur général des douanes oublie

> Suite de la page 18

peut-être que ce personnel fait entrer environ 24 milliards dans les caisses de la Confédération. Cela signifie qu'environ un tiers des recettes fédérales est généré par l'administration des douanes.

J'en viens maintenant à l'enquête et à la réaction du directeur général des douanes.

Lorsqu'un journaliste lui a demandé de prendre position sur les résultats de l'enquête, il n'a plus pu se retenir. Peu après, le directeur général des douanes a attaqué personnellement et gravement un membre du syndicat, en déclarant ne plus pouvoir prendre le syndicat au sérieux.

La question se pose: «Pouvons-nous prendre le directeur général des douanes au sérieux?» Sur le plan interne, la rumeur court qu'une autre administration fédérale a été soulagée de le voir quitter son poste de chef. Et peut-être même l'y a-t-elle doucement poussé?

Monsieur le directeur général des douanes, le personnel de l'administration n'est pas un gibier à chasser. Ce sont des personnes qui coopèrent, et un patron devrait savoir l'apprécier!

Lorsqu'un journaliste pose des questions même désagréables, un directeur général des douanes devrait avoir la compétence d'y répondre de manière professionnelle, sans attaquer ensuite le syndicat.

Il existe de nombreuses offres de formation continue destinées aux cadres supérieurs pour développer leur professionnalisme ou améliorer leurs compétences sociales. Deux qualités qui à mon avis manquent à ce chef. Il n'y a qu'une chose qui compte à ses yeux: son opinion, ses visions, qui sont ses lois.

Dans ma carrière de «porte-miroir», j'ai déjà pu observer de nombreux supérieurs hiérarchiques dans l'administration. Mais la façon dont le personnel est actuellement traité est au raz des pâquerettes. Ce comportement est indigne d'un directeur général des douanes.

Je vous souhaite à tous une bonne et heureuse année avec beaucoup de joie et de motivation. Et à notre directeur général des douanes en particulier, je souhaite plein de bonnes résolutions **mûrement réfléchies!**

Signé Till l'Espiegle

* Till Eulenspiegel, dont le nom évoque le miroir et la chouette, est un personnage de la littérature populaire allemande remontant à 1510. Ce bouffon malicieux et farceur a notamment inspiré Richard Strauss.

Fotolia



Bucallettere

Immagine riflessa indegna

Non posso fare altrimenti. Io, Till Eulenspiegel*, posso solo scuotere la testa e cominciare a scrivere. Vi spiego perché.

Il direttore generale delle dogane si pone al di sopra di tutto e di tutti e regna incontrastato sull'Amministrazione. Un uccellino mi ha raccontato che si permette addirittura di mettere alla berlina i suoi collaboratori tacciandoli di non essere qualificati. E lo fa già di buon mattino, mentre prende il caffè con i consiglieri nazionali.

Magari gli fosse andato di traverso! Questa totale assenza di solidarietà mi fa arrabbiare. Le persone come

garanto

Erscheinung
Parution
Pubblicazione

2020

Redaktionsschluss
Délai de rédaction
Termine di redazione

①	28. Februar/28 février/28 febbraio	7. Februar/7 février/7 febbraio
②	24. April/24 avril/24 aprile	3. April/3 avril/3 aprile
③	3. Juli/3 juillet/3 luglio	12. Juni/12 juin/12 giugno
④	4. September/4 septembre/4 settembre	14. August/14 août/14 agosto
⑤	30. Oktober/30 octobre/30 ottobre	9. Oktober/9 octobre/9 ottobre
⑥	18. Dezember/18 décembre/18 dicembre	27. November/27 novembre/27 novembre

lui dovrebbero imparare a guardarsi allo specchio.

Stando a un sondaggio condotto dal sindacato, il signor direttore non dispone praticamente di competenze sociali. E probabilmente ha perso anche quelle poche che gli erano riconosciute. Un vero capo si esprimerebbe diversamente!

Dal sondaggio emerge inoltre che il personale doganale non ha nulla contro i cambiamenti, anzi dà prova di apertura ma vuole essere trattato correttamente, con rispetto. Manifestamente il signor direttore dimentica che proprio grazie a questi collaboratori la Confederazione incassa circa 24 miliardi di franchi l'anno. Per dirla altrimenti, un terzo delle entrate federali provengono dall'Amministrazione delle dogane.

Ma torniamo al sondaggio e alla reazione del direttore.

Quando un giornalista gli ha chiesto di commentare i risultati del sondaggio, non è più riuscito a trattenerlo e subito dopo ha aggredito violentemente un membro del sindacato sul piano personale affermando tra l'altro di non potersi più fidare del sindacato.

Mi sorge spontanea una domanda: «Ma noi possiamo fidarci del direttore?». Nei corridoi si vocifera che l'amministrazione che dirigeva in precedenza è stata ben felice quando se ne è andato. O dobbiamo pensare che sia stata esercitata una leggera pressione?

Signor direttore, il personale dell'Amministrazione non è una

preda da cacciare. Sono persone che collaborano. Un aspetto che un vero capo dovrebbe apprezzare.

Se un giornalista pone una domanda, per quanto scomoda, un direttore dovrebbe avere la competenza di rispondere con professionalità senza prendersela con il sindacato. Esistono molti corsi di perfezionamento per i quadri che vogliono crescere professionalmente e migliorare le loro competenze sociali. Secondo me, questo capo non ha né competenze sociali né professionalità. Per lui contano solo il suo parere, le sue visioni e le sue leggi. Nella mia carriera ho potuto osservare molti superiori. Ho spesso tenuto lo specchio davanti ai loro occhi ma non ho mai visto nessuno trattare così male il personale. Questo comportamento è assolutamente indegno di un direttore generale delle dogane.

Auguro a tutti un felice Anno Nuovo, ricco di soddisfazioni e motivazione. Al direttore generale auguro invece di trovare **molto buoni propositi e soprattutto di ponderarli con cura.**

Till Eulenspiegel

* Till Eulenspiegel è un personaggio della letteratura popolare tedesca che risale al 1510. Nella forma odierna il nome evoca la civetta (Eule) e lo specchio (Spiegel) e apparentemente deriva da un'espressione un po' gergale dal significato irriverente di «prendere in giro», molto vicina al modo di dire italiano «essere lo specchio per le allodole».

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Garanto

Redaktor:
Johannes Gruber

Redaktionsadresse:
Zentralsekretariat Garanto,
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Tel. 031 379 33 66, Fax 031 379 33 60

Erscheinungsweise:
2019: 6-mal (freitags)
Website: www.garanto.ch

Redaktionsschluss:
I. d. R. Donnerstag der Vorwoche, 16 Uhr
s. www.garanto.ch/Zeitung Garanto/

Druck und Versand:
Haller + Jenzer AG, Buchmattstrasse 11,
Postfach 1225, CH-3401 Burgdorf
Tel. 034 420 13 13, Fax 034 420 13 18

Inserate:
Zentralsekretariat Garanto,
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Auflage: 3476 Ex.
(WEMF-beglaubigt, März 2017)

www.garanto.ch

**Wir lassen dich nicht
im Regen stehen!**

**Nous ne te laisserons pas
sans protection !**

**Non ti lasciamo solo
contro le avversità!**

**Werde jetzt Mitglied und du erhältst einen Regenschirm
Deviens membre maintenant et tu recevras un parapluie
Aderisci ora! Riceverai un ombrello**

www.garanto.ch | info@garanto.ch

AZB
3400 Burgdorf